

Beiträge und Schriften:

Grundein- kommen?!

Reader zur Konferenz
»Arbeit und Existenzsicherung
im demokratischen Sozialstaat«
am 7. Juli 2012 in Dresden

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

*Herausgegeben vom Landesvorstand
der Partei DIE LINKE. Sachsen*

*Heft 18
Redaktion und Satz: Rico Schubert
Oktober 2012*

Inhaltsverzeichnis

Interview mit Juliane Nagel und Klaus Tischendorf	5
Rico Gebhardt: Aus Standpunkten Bewegung machen	12
Stefan Wolf: Gesellschaftliche Transformation praktisch machen - Das BGE-Konzept der LINKEN	14
Ralf Krämer: Politik und Kämpfe gegen Massenarbeitslosigkeit als zentrale Aufgabe	23
Katja Kipping: Von den Abwehrkämpfen hin zum demokratischen Sozialismus	34
Markus Schlimbach: Arbeitsbedingungen hier und jetzt verändern ODER BGE als süßes Gift?	41
Auswertung der Workshops	61
Jayne-Ann Igel: Träume, von denen wir was haben...	66

Reader zur Konferenz »Arbeit und Existenzsicherung im demokratischen Sozialstaat« am 7. Juli 2012 in Dresden

Veranstaltet von den Landesarbeitsgemeinschaften Betrieb & Gewerkschaft und Bedingungsloses Grundeinkommen in Kooperation mit dem Landesvorstand der LINKEN Sachsen

mit Beiträgen von Katja Kipping (Vorsitzende der Partei DIE LINKE), Markus Schlimbach (Stellvertretender Vorsitzender des DGB Sachsen), Rico Gebhardt (Vorsitzender DIE LINKE Sachsen), Ralf Krämer (BAG Betrieb und Gewerkschaft), Stefan Wolf (Sprecher BAG Grundeinkommen), Jayne-Ann Igel (Grundsatzkommission DIE LINKE Sachsen)

Moderation: Klaus Tischendorf (Sprecher LAG Betrieb und Gewerkschaft) und Juliane Nagel (LAG Bedingungsloses Grundeinkommen)

»Man muss eine kulturvolle Diskussion hinbekommen«

Manchen gilt es als Utopie, anderen als revolutionäre Reformierung der Arbeitsgesellschaft: Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Nicht nur die gesellschaftliche Linke und die Gewerkschaften diskutieren seit Jahren über diesen interessanten Politikansatz. »Links!« sprach im Nachgang der Konferenz »Arbeit und Existenzsicherung im demokratischen Sozialstaat«, die von den Landesarbeitsgemeinschaften Grundeinkommen sowie Betrieb & Gewerkschaft organisiert wurde, mit der Leipziger Stadträtin Juliane Nagel und dem ver.di-Gewerkschafter Klaus Tischendorf (beide DIE LINKE).

Frau Nagel, Herr Tischendorf: Wie sieht die Zukunft der Arbeitsgesellschaft aus?

Tischendorf: Die Frage lautet zunächst, wie die Arbeitsgesellschaft derzeit aussieht. Haben wir eine Vision dafür? Wir haben ja viele Prozesse, die sich ändern. Die Frage wird sein, ob und wie man in Zukunft überhaupt an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können. Die Gewerkschaften können gesellschaftliche Prozesse nicht mehr außen vor lassen, während sie für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen. Deshalb halte ich eine Debatte über das Grundeinkommen, gerechten Lohn und gerechte Arbeit für wichtig.

Nagel: Da kann ich nur zustimmen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die Erwerbsarbeitsgesellschaft in einem grundlegenden Wandel befindet. Das hat einerseits mit der Umwälzung von Produktionsprozessen durch Computerisierung, dem Bedeutungsgewinn immaterieller Arbeit und andererseits mit der politischen Reaktion auf diese Prozesse zu tun. Wir müssen als Linke die grundsätzliche Frage nach dem Sinn von Erwerbsarbeit stellen: Ist die Phase des Abschmelzens klassischer Industriearbeit nicht auch eine Entlastung, bedeutet die Automatisierung nicht auch ein Gewinn an Freiheit? Ist es nicht im Sinne einer sozialistischen Linken, sich für eine bedingungslose soziale Sicherung für alle Menschen einzusetzen und damit das Diktum des Arbeitszwangs im Kapitalismus zu durchbrechen?

Heißt das, dass sich die Gewerkschaften vom Glauben an die Wiederherstellung der Vollzeitwerbsgesellschaft verabschieden müssen?

Nagel: Genau das heißt es. Die Produktivität hat sich seit den 1970er Jahren verdoppelt, während die Pro-Kopf-Arbeitszeit sich um mindestens ein Viertel reduziert hat. Es ist nicht mehr möglich, nötig und auch nicht wünschenswert, dass Menschen eine mehr als vierzigjährige, ungebrochene Erwerbsbiografie hinlegen. Es muss darum gehen, jedem und jeder ein Leben mit möglichst viel Freiheit und Veränderungsoptionen inklusive einer ausreichenden sozialen Grundabsicherung zu ermöglichen. Die herrschende Politik steuert in eine andere Richtung, baut den Niedriglohnsektor aus, verlängert die Lebensarbeitszeit und erhöht den Druck auf Erwerbslose. Wir brauchen vor diesem Hintergrund den Abwehrkampf gegen den fortschreitenden Sozialabbau und Entmündigung von Menschen. Es gibt aus unserer Sicht viele Schnittmengen zwischen gewerkschaftlichen Kämpfen und denen der GrundeinkommensbefürworterInnen.

Tischendorf: Was heißt denn Vollzeitwerbsgesellschaft? Heißt Vollzeitarbeit: acht Stunden arbeiten, heißt es weniger? Heißt es: zusammenhängende Arbeitsprozesse, oder Arbeit nur, wenn man gerade gebraucht wird? Wenn man sich die Diskussion um Arbeitszeitkonten ansieht, oder auch die Diskussion darüber, wie man jungen Müttern den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben ermöglicht, wird klar: Da wird es große Veränderungen geben, und ich habe Bedenken, ob das Mindesteinkommen ausreichen würde, für alle diese Probleme die Lösung zu sein.

Wie ist aktuell der Stand der Debatte?

Tischendorf: Das Ergebnis der Konferenz ist, dass man miteinander spricht. In unserem Bundesparteiprogramm von 2010 haben wir als Kompromiss einen Abschnitt drin, der besagt, dass »Teile der Partei« die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens vertreten. In Sachsen diskutieren wir den Entwurf der sozialpolitischen Leitlinien, wo formuliert werden soll, dass »Viele« in Sachsen diese Idee verfolgen. Das war für uns als Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Anstoß, nun endlich darüber zu reden und das Thema nicht auf dem Parteitag in einer Kampfabstimmung wegzubeschließen. Das ist in den letzten Jahren steckengeblieben, und das wollen wir aus Sachsen heraus wieder aufgreifen.

Nagel: In der Debatte um die Sozialpolitischen Leitlinien ist die Positionierung zum Bedingungslosen Grundeinkommen ein Knackpunkt gewesen. Uns ist aufgefallen, dass dabei auch viel mit falschen Vermutungen gegen das BGE hantiert wurde, außerdem schienen die Fronten zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen verhärtet. Einen Raum zu schaffen, um ins Gespräch zu kommen, war aus Sicht unserer Landesarbeitsgemeinschaften und des Landesvorstandes der erste wichtige Schritt.

War man nicht eigentlich schon weiter? Im »Alternativen Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen (ALEKSA)« der PDS-Fraktion von 2004 stand zum Beispiel: »Es ist notwendig, dass in der Bundesrepublik mittelfristig für alle Bürgerinnen und Bürger ein Grundeinkommen durchgesetzt wird«.

Tischendorf: Damals haben wir das reingeschrieben, aber nicht über die Ausgestaltung gesprochen. Da sind wir jetzt weiter, auch vor dem Hintergrund, dass diejenigen für diese Ideen gewonnen werden müssen, die das Bruttosozialprodukt erarbeiten. Bislang sagen viele in den Gewerkschaften noch, dass man sich zwar an den Debatten beteiligen, aber keine Arbeitsgruppen oder Ähnliches gründen möchte. Denn die Klientel der Gewerkschaften sind nach wie vor die Beschäftigten, deren Situation auch kurzfristig verändert werden muss, und die Arbeitssuchenden. Ich denke aber, dass beides zusammengehört, das Diskussion über das Grundeinkommen und die über die Situation der Beschäftigten und Arbeitslosen. Man kann dann natürlich nicht sagen, dass mit dem Grundeinkommen alle Probleme gelöst sind – genauso wie man die Idee umgekehrt auch nicht einfach als Utopie abtun kann. Zumal es zwischen Befürwortern und Zweifelnden sehr viel Übereinstimmung gibt – etwa beim Mindestlohn oder den Hartz-IV-Sanktionen. Man muss eine kulturvolle Diskussion hinbekommen.

Nagel: Die Idee des BGE hat ihre Wurzeln im aufklärerisch-humanistischen Denken des 18. Jahrhunderts – kein Wunder also, dass es in einem visionären Landesentwicklungsprogramm der PDS auftaucht. Spätestens seit den 1980er Jahren wird es in politischen, sozialen, kulturellen und kirchlichen Zusammenhängen diskutiert. Auch die Debatte in den Gewerkschaften ist von vielen Mitgliedern ausdrücklich erwünscht, wird aber von den Gewerkschaftsspitzen eher zu deckeln versucht. Obwohl durch eine existenzsichernde Einkommensbasis und die damit ver-

bundene Entlastung der ArbeitnehmerInnen vom Zwang, jeden denkbaren Job annehmen zu müssen, die Unternehmen zwangsläufig bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne anbieten müssen. Es geht auch um die grundsätzliche emanzipatorische Umwälzung der Produktionsverhältnisse.

Beim Grundeinkommen werden verschiedene Modelle diskutiert. Zeichnet sich inzwischen ab, dass ein bestimmtes mehrheitsfähig wird?

Nagel: Die BAG Grundeinkommen der LINKEN hat 2009 ein eigenes Modell für ein Bedingungsloses Grundeinkommen verabschiedet. Es liegt bei 1000 Euro monatlich für Erwachsene und 500 für Kinder bis 16 Jahre und basiert zunächst auf einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Zur Finanzierung wird eine Grundeinkommensabgabe von 35 % auf alle Einkommen erhoben, hinzu kommen eine Börsenumsatzabgabe, eine Sachkapital-, Primärenergie-, Finanztransaktions- und eine Luxusabgabe. Steuerfinanzierte Sozialleistungen (Hartz IV, Kindergeld, BAföG) sowie die Bürokratie zur Verwaltung und Überwachung von Erwerbslosen entfallen, die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung werden zu einer BürgerInnenversicherung, die Arbeitslosenversicherung zu einer Erwerbslosenversicherung um- und ausgebaut. Hinzu käme die Realisierung eines Anspruches auf Zugang zu öffentlichen Infrastrukturen und Dienstleistungen wie Kultur, Bildung und Mobilität sowie die grundsätzliche Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche.

Tischendorf: Das Spannende bei der Konferenz war für mich die Erkenntnis, dass wir nicht über irgendein Modell reden, sondern über das, was die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen vorgestellt hat. Es gibt ganz unterschiedliche Modelle, auch konservative. Aber ich finde, man sollte das von der BAG Grundeinkommen vorgelegte Modell als Diskussionsgrundlage nehmen.

Wie soll es nun weitergehen?

Tischendorf: Zu den Ergebnissen der Konferenz soll es einen Reader geben, in dem offene Fragen und Widersprüche zu diesem Thema enthalten sind. Man sollte die Debatte weiterführen, und wir als BAG Betrieb & Gewerkschaft wollen im nächsten Jahr eine Konferenz zum Thema »Gute Arbeit« organisieren und auch die Befürworter des Grundeinkommens dazu einladen.

Nagel: Wir nehmen in Sachsen die Formulierung des Parteiprogrammes ernst, in dem ausdrücklich zur Weiterführung der innerparteilichen Debatte über das Bedingungslose Grundeinkommen bekennt. Diese mündet allerdings auch irgendwann in einer Positionierung. In dem Sinne würden wir uns natürlich freuen, wenn sich der Landesparteitag im Oktober auch zum Modell des BGE als linke, zukunftsorientierte Option der sozialen Sicherung und Demokratisierung der Gesellschaft bekennen würde.

Die Fragen stellten Rico Schubert und Kevin Reißig.

Das Interview erschien zuerst in der Links! Politik und Kultur für Europa, Sachsen und die Welt, Ausgabe September 2012.

Eröffnungsbeitrag Juliane Nagel

Ich begrüße euch und Sie ganz herzlich zur Konferenz »Arbeit und Existenzsicherung im demokratischen Sozialstaat«. Wir freuen uns sehr, dass heute, an diesem warmen Samstag, doch so viele Leute hier nach Dresden gekommen sind. Bevor ich das Podium vorstelle, vielleicht ganz kurz zum Hintergrund dieser Konferenz. Die heutige Konferenz ist von den Landesarbeitsgemeinschaften »Bedingungsloses Grundeinkommen« und »Betrieb und Gewerkschaft« und dem Landesvorstand der LINKEN Sachsen gemeinsam vorbereitet worden. Wir haben uns zusammen gesetzt, weil wir uns dachten, dass wir einen Raum zur Debatte schaffen sollten. Hintergrund dafür wiederum ist die Debatte über die sozialpolitischen Leitlinien in Sachsen, welche im November 2011 auf dem Landesparteitag in Bautzen zur Diskussion gegeben wurden. Bei diesem Entwurf hat sich schon in der Erarbeitungsphase und auch auf dem Parteitag herausgestellt, dass es einen Knackpunkt in der Debatte über die sozialpolitische Ausrichtung der LINKEN in Sachsen gibt: Das bedingungslose Grundeinkommen. Die Frage stand im Raum, soll diese Forderung, dieses Modell, mit in die Leitlinien aufgenommen werden oder blenden wir es aus. Das war der Anlass, der dann auch als Aufgabe im Raum stand. Unsere Intention war jetzt nicht, Kampfabbimmungen zu erzeugen oder die Verhärtung der Lage. Die Debatten um das bedingungslose Grundeinkommen werden sehr hart geführt und das wollten wir nicht. Wir haben gesagt, dass wir einen Raum schaffen, um dieses Thema zu diskutieren, allein mit dem Passus bedingungsloses Grundeinkommen – wobei es um viel mehr geht. Es geht um den Mantel der Erwerbsarbeitsgesellschaft, es geht um Menschenwürde, es geht um Freiheit, um soziale Sicherungssysteme. Genau das wollen wir heute in einer vielfältigen Konferenz auch mit verschiedenen Formen, sowohl in Podiumsdebatten als auch in Workshops vertiefen. Wir hoffen damit, ein bisschen zu einer Verständigung in der Partei zu kommen. Wir wollen heute auch die Weichen für Oktober 2012 stellen, damit wir beim Landesparteitag entscheiden können, wie wir mit dem bedingungslosen Grundeinkommen - soziale Sicherungssysteme im demokratischen Sozialstaat - als Partei DIE LINKE in Sachsen umgehen.

Rico Gebhardt Aus Standpunkten Bewegung machen

Liebe Genossinnen und Genossen, sehr geehrte Gäste!
Das Thema der heutigen Konferenz, »Arbeit und Existenzsicherung im demokratischen Sozialstaat«, gehört zu den Schlüsselthemen nicht nur der Partei DIE LINKE, sondern der gesellschaftlichen Linken überhaupt. Aller gesellschaftliche Reichtum entspringt aus der gesellschaftlichen Arbeit.

Wo auch immer diese geleistet wird, als Lohn- und Erwerbsarbeit im Betrieb, im Büro oder auf dem Feld, als Familienarbeit zur Betreuung und Bildung von Jungen, Alten oder Benachteiligten, als ehrenamtliche Arbeit im Verein, im Sportklub oder heute hier, bei einer Partei oder auf einem der vielen anderen Felder gesellschaftlichen Tätig seins.

Mit Marx können wir sagen: »Als Bildnerin von Gebrauchswerten, als nützliche Arbeit, ist die Arbeit daher eine von allen Gesellschaftsformen unabhängige Existenzbedingung des Menschen, ewige Naturnotwendigkeit, um den Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur, also das menschliche Leben zu vermitteln.« Und wenn wir LINKE also wissen, dass der ungeheure gesellschaftliche Reichtum, der zum Beispiel in Deutschland Jahr für Jahr produziert wird, zugleich ungeheuer ungerecht verteilt ist, steht für uns die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit.

Die Spannweite linker Antworten auf die Verteilungsfrage ist außerordentlich breit, ich deute sie daher nur mal kurz an.

Im Artikel 12 der Verfassung der UdSSR aus dem Jahr 1936 hieß es: »Die Arbeit ist in der UdSSR Pflicht und Ehrensache jedes arbeitsfähigen Staatsbürgers nach dem Grundsatz: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.« (Zitat Ende)

Eine andere Tendenz ist bei Brecht zu finden, der im Einheitsfrontlied wie folgt formuliert: »Und weil der Mensch ein Mensch ist / Drum braucht er was zum Essen, bitte sehr!«

Der Spannungsbogen der zu diskutierenden Auffassungen reicht also von einer festen Anbindung der Verteilungsfrage an die Arbeit bis dahin, dass das Menschsein an sich ausreichend ist, um ein Recht auf Existenz zu haben. Aber wir wären keine Linken, wenn wir es uns in der Beantwortung dieser Frage zu einfach

machen würden.

Schon allein darüber, was denn als »Arbeit« überhaupt gelten soll und was nicht, gibt es großen Diskussionsbedarf. Ist Arbeit nur das, wofür man bezahlt wird? Oder ist das, wofür man bezahlt wird, gar keine Arbeit im allgemeinen Sinne, sondern nur »Lohnarbeit«? Und wie ist das mit der Arbeit und der Lohnarbeit im Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft? Kann »Lohnarbeit« »gute Arbeit« sein, wenn es genug Geld dafür gibt? Oder ist »gute Arbeit« dann gut, wenn sie umso kürzer ist? Und war da mal nicht was mit der Entfremdung und der Lohnarbeit?

Wie ist das mit einer kapitalismuskritischen, in Teilen auch antikapitalistischen Partei, wenn es um das Herzstück kapitalistischer Unterdrückung geht, nämlich die Lohnarbeit? Wo stehen wir da mit unserer Kapitalismuskritik? Und was ist uns der Mensch wert, wenn er nicht in Lohnarbeit ist, sondern anderen Arbeiten nachgeht oder nachgehen muss?

All diese Fragen schossen mir durch den Kopf, als ich das Programm der heutigen Konferenz gelesen habe. Viele Ideen und Konzepte sind dazu bereits in der Debatte, sei es die Kampagne zur »Guten Arbeit«, die Diskussion über die »Vier-in-einem-Perspektive« oder eben, und das ist ja gewissermaßen der Knackpunkt des heutigen Tages, das Bedingungslose Grundeinkommen. Ich sehe hier viele im Raum, von denen ich weiß, wo sie stehen und welche Meinung sie haben.

Ich wäre froh darüber, wenn durch die heutige Konferenz aus Standpunkten Bewegung wird. Aus Meinung Denken und aus Widersprüchen vielleicht die eine oder andere Gemeinsamkeit erwachsen könnte. Im Übrigen, Visionen gehören zu einer linken Partei und zur Partei DIE LINKE sowieso. In dieser Hoffnung eröffne ich hiermit die Konferenz: »Arbeit und Existenzsicherung im demokratischen Sozialstaat«. GLÜCK AUF!

Juliane Nagel

Ich würde zuerst Stefan Wolf bitten. Unser Vorhaben ist jetzt beide Seiten zu hören. Wir wollen also keine Blockkonfrontation machen, sondern tatsächlich Bewegung in die Debatte bekommen und auch Standpunkte verwirren, wenn ich das so sagen darf. Unser erstes Vorhaben ist es, die beiden Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaften, einerseits Grundeinkommen als auch Betrieb und Gewerkschaft andererseits zu Wort kommen zu lassen und ihr Modell sozialer Sicherung vorzustellen. Stefan Wolf wird den Anfang machen und das Konzept der BAG Grundeinkommen vorstellen.

Stefan Wolf

Gesellschaftliche Transformati- on praktisch machen - Das BGE-Konzept der LINKEN

Guten Morgen zusammen. Vielleicht - bevor ich einsteige ins Thema - noch eine kleine Vorbemerkung. Die BAG Grundeinkommen ist vor inzwischen - glaube ich - 7 Jahren ins Leben gerufen worden, um die Debatte zu dem Thema in der Partei voranzutreiben und natürlich langfristig das bedingungslose Grundeinkommen in der Programmatik zu verankern. Nichtsdestotrotz will natürlich die BAG Grundeinkommen nicht das Programm der LINKEN neu erfinden, sondern sämtliche Konzepte der BAG sind so gemacht, dass sie sich in die bewegende Programmatik einfügen, diese in einigen Punkten lediglich ergänzen oder modifizieren, aber es sind eben auch viele Aspekte einfach von der Programmatik selbst übernommen. Auch sieht natürlich die BAG Grundeinkommen das bedingungslose Grundeinkommen nicht als Wundermittel, welches alle Probleme dieser Welt auf einmal lösen kann, sondern ein Grundeinkommen wird immer als Teil einer emanzipatorischen, transformatorischen Gesamtstrategie betrachtet, wobei natürlich das Grundeinkommen nicht unwesentlicher Bestandteil davon sein dürfte. Ja, einen Vorteil hat natürlich das bedingungslose Grundeinkommen aus der Sicht der BAG Grundeinkommen definitiv gegenüber Grundsicherungen, die bedürftigkeitsgeprüft sind: Es ist ein effektives Mittel zur Bekämpfung von Armut, da es eben verdeckte Armut von vornherein ausschließt, weil das bedingungslose Grundeinkommen nicht beantragt werden muss. Und bei allen Systemen, in denen eine Grundsicherungsleistung beantragt werden muss, besteht ein sehr hoher Anteil an verdeckter Armut, weil es noch sehr viele Menschen gibt, die einfach Leistungen nicht beantragen, obwohl sie den Anspruch drauf haben. Ein zweiter großer Vorteil ist natürlich, dass das bedingungslose Grundeinkommen den Menschen den ökonomischen Druck nimmt, eine Erwerbsarbeit zu jedem Preis anzunehmen und dadurch stärkt es sowohl alle lohnabhängigen Individuen als auch indirekt Kollektivorganisationen, wie zum Beispiel die Gewerkschaften. Wir sehen zum Beispiel die große Chance für die Gewerkschaften darin, dass sie

mit dem Grundeinkommen leichter aus der Defensive kommen und sich auf andere Projekte konzentrieren können. Ich habe bereits erwähnt, dass das Grundeinkommen als Bestandteil einer Gesamtkonzeption gedacht ist, das heißt das Grundeinkommen wird immer in Verbindung mit weiteren Maßnahmen und Projekten gedacht und diese Projekte, die wir als BAG Grundeinkommen damit verbinden, will ich jetzt noch einmal ganz kurz vorab aufzählen.

Zum einen ist das bedingungslose Grundeinkommen - das ist auch Konsens in linken Kreisen - ausschließlich in Verbindung mit dem ausreichend hohen gesetzlichen Mindestlohn und der radikalen Arbeitszeitverkürzung gedacht. Die BAG Grundeinkommen fordert zurzeit mindestens 10 Euro pro Stunde Mindestlohn. Dann soll es zu einer massiven Umverteilung von oben nach unten kommen, vor allem durch Besteuerung höherer Einkommen, Vermögen und Besteuerung von Kapitalgesellschaften. Schließlich geht es auch um den Ausbau und die Verbesserung des öffentlichen Dienstleistungssektors, eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und auch eine gerechtere Verteilung sämtlicher Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern. Da müssen natürlich auch weitere Maßnahmen ergriffen werden, weil das Grundeinkommen allein da nicht reicht. Es geht darum, sowohl produktive als auch reproduktive Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern gerechter zu verteilen. Schließlich setzt auch die BAG Grundeinkommen sehr stark auf eine Entwicklung, die vor allem auch auf ökologische Nachhaltigkeit setzt und es geht uns auch darum, die Eigentumsverhältnisse grundlegend umzukrempeln. Es geht also sowohl um die Eigentumsverteilung als auch um eine Übertragung der realen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel an die Beschäftigten und an die Bürgerinnen und Bürger. Und der letzte Punkt sei auch noch einmal erwähnt, aber wahrscheinlich auch selbstverständlich, wir verstehen natürlich das bedingungslose Grundeinkommen nicht als nationales Projekt. Das bedingungslose Grundeinkommen ist Menschenrecht, entsprechend muss es perspektivisch europa- und weltweit eingeführt werden, und daran arbeiten wir als BAG Grundeinkommen auch, indem wir uns weltweit mit Grundeinkommensbefürwortern vernetzen.

Es stellt sich jetzt die Frage zum Einstieg, wie hoch soll denn eigentlich das Grundeinkommen sein beziehungsweise was

macht ein Grundeinkommen aus. Da haben wir als BAG auch nichts neu erfunden, sondern hier haben wir die vier Kriterien des deutschen Netzwerks Grundeinkommen übernommen. Das deutsche Netzwerk Grundeinkommen ist der überparteiliche Zusammenschluss der Grundeinkommensbefürworter in Deutschland. Demnach macht ein Grundeinkommen aus, dass es armutsfest ist, beziehungsweise in teilhabesichernder Höhe ausgezahlt wird, das heißt, es orientiert sich in irgendeiner Form an der Armut- und der Armutrisikogrenze. Es ist eine Leistung, die ohne sozialadministrative Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wird und an keinerlei Arbeitszwang oder Gegenleistung geknüpft ist. Es gibt natürlich sehr unterschiedliche Armutsdefinitionen. Da unterscheiden sich auch die Modelle ein bisschen, aber man kann eigentlich sagen, die Grundeinkommensmodelle fangen alle im Bereich 800 Euro plus X an, die meisten dann so 1000 Euro plus X. Die BAG Grundeinkommen hat in ihrem letzten Konzept, das sie veröffentlicht hat, festgelegt, dass 50 Prozent des Volkseinkommens als bedingungsloses Grundeinkommen ausgezahlt werden sollen. Das ist aber inzwischen auch schon wieder zweieinhalb Jahre alt und es sei an dieser Stelle gesagt, wir sind gerade wieder in Bearbeitung, das heißt es wird in spätestens einem Jahr wieder die überarbeitete Variante des Konzepts vorliegt, geben. Es sind zwei Grundeinkommenssätze vorgegeben, einen Erwachsenensatz, den sollen alle Menschen ab dem 16. Lebensjahr erhalten und ein Kindergrundeinkommen, das die Hälfte des Erwachsenensatzes beträgt. Das bekommen alle Kinder bis 16 Jahre. Das Kindergrundeinkommen in dieser Höhe setzt aber voraus, dass Kinderbetreuung und Bildung komplett kostenlos sind, sonst müsste dieses Kindergrundeinkommen natürlich deutlich höher sein. In Zahlen ausgedrückt, wir haben das Konzept durchgerechnet mit den Volkseinkommen des Jahres 2007. 2007 hätte das Grundeinkommen für Erwachsene ca. 1010,- Euro pro Monat betragen, für Kinder 505,- Euro pro Monat. Wenn wir das Volkseinkommen aus dem Jahr 2011 zugrunde legen, würde das Grundeinkommen momentan für Erwachsene bisschen über 1050,- Euro im Monat liegen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist nach unserem Konzept mit anderen Einkommen voll kumulierbar, das heißt wir haben ein Sozialdividendemodell eines bedingungslosen Grundeinkommens präsentiert. Demnach wird das bedingungslose Grundeinkommen an alle Menschen in voller Höhe erst einmal ausgezahlt und durch höhere Steuern und Abgaben bei den Besserverdienenden

ein Großteil wieder zurück geholt. Und ab einem bestimmten Einkommen sind die Menschen natürlich nicht mehr Empfänger, sondern sie zahlen sogar drauf. Gerade Besserverdienende zahlen bei so einem Modell deutlich mehr Abgaben und Steuern zurück. Man könnte natürlich ein Grundeinkommen auch als negative Einkommenssteuer ausführen beziehungsweise konzipieren. In dem Fall ist es so, dass das gleich mit dem Einkommen verrechnet wird und der volle Grundeinkommenssatz nur an diejenigen ausgezahlt wird, die kein Einkommen haben. Bei allen anderen richtet sich die Höhe des ausgezahlten Grundeinkommens nach dem Einkommen, das heißt je höher das Einkommen, desto geringer und ab einem bestimmten Punkt gibt es gar kein Grundeinkommen mehr, weil die Menschen genug verdienen. Es ist von der Umverteilungswirkung her an sich kein so großer Unterschied. Der einzige Unterschied besteht darin, wie viel Geld insgesamt bewegt wird. Da wird natürlich beim Sozialdividendemodell etwas mehr umverteilt. In unserem Fall wären es auf das Jahr 2007 gerechnet bei 914 Milliarden Euro pro Jahr, die da umverteilt werden, aber ein Teil davon wird natürlich an anderer Stelle an Ausgaben wieder eingespart.

Eine Sache, bevor ich in die Finanzierung einsteige: Der Vorteil eines Grundeinkommens, egal ob als Sozialdividende oder negative Einkommenssteuer, ist natürlich der, dass es nicht mehr möglich ist, dass ein Mensch zum Aufstocker wird, sondern jeder Mensch, der weitere Arbeit hat, hat automatisch Netto auch mehr als jemand, der nur das bedingungslose Grundeinkommen bekommt. Dadurch gibt es diese ganzen Debatten um Lohnabstandsgebot und so weiter nicht mehr, was natürlich auch aus unserer Sicht ein Vorteil ist gegenüber der Grundsicherung.

Wie ließe sich jetzt aber so ein Grundeinkommen finanzieren? Zunächst fallen eine ganze Reihe von Leistungen weg, die durch bedingungsloses Grundeinkommen überflüssig werden: Das Kindergeld, weil es ein Kindergrundeinkommen gibt, auch alle Familienbeihilfen und steuerlichen Vergünstigungen, steuerfinanzierte Ausgaben für die verschiedenen Grundsicherungen, auch Ausgaben für Erwerbsminderung oder Bafög. Wenn diese Leistungen entfallen, werden schon 85 Milliarden Euro etwa pro Jahr eingespart. Da dass bedingungslose Grundeinkommen auch gleichzeitig eine Mindestrente und eine Einheitsrente von 1050,- ist, ergibt sich auch bei den Sozialversicherungen eine Verände-

rung. Gerade bei der Rentenversicherung: Wobei das nicht heißt, dass wir die gesetzliche Rentenversicherung abschaffen wollen, aber mit dem Grundeinkommen in unserer Form hätten wir dann zwei Rentenversicherungen: das Grundeinkommen, als eine Einheitsleistung, plus eine umlagefinanzierte zusätzliche gesetzliche Rentenversicherung. Das würde aber auch bedeuten, dass natürlich weniger gesetzliche Rente zusätzlich gezahlt werden müsste und dann auch wieder sehr viel Geld weniger umverteilt werden muss, weil es ja schon mit der Grundeinkommensleistung geschieht. Wir haben in unserem Konzept den Vorschlag gemacht, wie wir das bedingungslose Grundeinkommen finanzieren wollen. Wir sind aber da keine Dogmatiker, das ist nur ein Vorschlag mit der Partei über eine andere Finanzierung zu diskutieren. Wir haben gesagt, die Haupteinnahmequelle wäre eine Grundeinkommensabgabe, die auf alle Primäreinkommen erhoben werden soll, außer dem bedingungslosen Grundeinkommen, in der Höhe von 35 Prozent. Das bringt schon mal mehr als die Hälfte des Betrages, den wir brauchen. Bisher haben wir noch das gesamte Volkseinkommen als Bemessungsgrundlage im neuen Konzept, aber das muss erst noch von der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden. Wenn das der Fall sein wird, ist es so, dass dann die Arbeitgeberbeiträge von der Besteuerung oder von der Abgabenlast ausgenommen werden. Dann haben wir eine Sachkapitalabgabe vorgesehen im Volumen von rund 70 Mrd. Euro, eine Primärenergieabgabe in Höhe von 2,5 c/kWh, eine Massenumsatzabgabe und eine Abgabe auf Finanztransaktionen im Volumen von 25 Mrd., sowie eine neu einzuführende Luxusumsatzabgabe - auch da haben wir so 60 Mrd. Euro/Jahr veranschlagt. Das würde dann ausreichen, um so ein Grundeinkommen zu finanzieren.

Zur Luxusumsatzabgabe, das ist natürlich auch ein Stück weit Definitionssache, die noch gesellschaftlich ausgehandelt werden muss oder müsste. Als BAG sagen wir: Luxusgüter sind nicht nur die klassischen Luxusgüter, sondern auch sämtliche Güter, die in irgendeiner Form ökologisch schadhaft sind. Andere Aspekte sollen natürlich auch noch mit berücksichtigt werden. Ja, auch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wird es neben der Grundeinkommensabgabe noch Einkommenssteuer geben, die weiterhin im Jahr progressiv sein soll. Aber, da wir ja schon eine Grundeinkommensabgabe haben, würde die progressive Einkommenssteuer ein bisschen niedriger ausfallen. Wir haben vorge-

schlagen, 12000,- Euro Freibetrag/Person, ein Eingangssteuersatz von 7,5 Prozent, ein Spitzensteuersatz von 25 Prozent ab dem 60000. Euro/Jahr. Das heißt, es wäre dann die Spitzenbelastung von 60 Prozent - 35 Prozent Grundeinkommensabgaben plus 25 Prozent Einkommenssteuer. Hinzu kommen dann noch die Sozialversicherungsbeiträge, die in unserem Fall natürlich ohne Beitragsbemessungsgrenze auf alle Einkommen erhoben würden. Das heißt es wäre dann bei der Maximalbelastung im hohen Einkommensbereich von um die 70 Prozent.

Noch ein paar kleine Anmerkungen zu den Sozialversicherungssystemen: Die Kranken- und Pflegeversicherungen sollen zu solidarischen Versicherungen umgebaut werden. Da erfinden wir nichts Neues - da übernehmen wir einfach die programmatischen Beschlüsse der Partei. Bei der Rentenversicherung habe ich es bereits erwähnt, soll es künftig ein 2-Säulen-Modell geben. Bedingungsloses Grundeinkommen als eine Basisrente plus eine umlagefinanzierte staatliche Rente, bei der dann nach unseren Berechnungen etwa ein Beitragssatz von insgesamt 7 Prozent ausreichen würde. Dann hätten wir natürlich eine staatliche Rente inklusive bedingungslosem Grundeinkommen von ungefähr 1600 Euro netto, was eine gewaltige Steigerung gegenüber heute wäre. Bei der Arbeitslosenversicherung haben wir gesagt, dass sie nicht ganz abgeschafft werden soll, sondern diese soll zu einer Erwerbslosenversicherung umgebaut werden und ähnlich wie bei der Rentenversicherung neben dem Grundeinkommen noch ein Stück weit ein Ausgleich zur Lebensstandardsicherung liefern. Bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik wird es natürlich auch eine kleine Veränderung geben. Da wir ja jeglichen Zwang zur Arbeit ablehnen, wäre aktive Arbeitsmarktpolitik künftig ein freiwilliges Angebot an alle Menschen. Wir sagen, diese Arbeitsmarktpolitik soll ausschließlich von den Arbeitgebern finanziert werden.

Ein letzter Punkt, der vielleicht noch Erwähnung finden sollte, die BAG Grundeinkommen hat zudem den Vorschlag gemacht, dass bezüglich des bedingungslosen Grundeinkommens noch ein Rücklagefonds zur antizyklischen Gegensteuerung eingerichtet werden soll. Es kommt ja immer wieder vor – das haben wir in der jüngsten Vergangenheit erst gehabt - dass das Volkseinkommen mal sinkt, da es ja nicht immer nach oben gehen kann. In dem Fall müsste dann natürlich in der Konsequenz auch das

bedingungslose Grundeinkommen anteilig gesenkt werden und um das Grundeinkommen in so einer Krisenphase konstant zu halten, wäre der Fonds da, der dann eben ein Stück weit diese Absenkung ausgleichen könnte.

Abschließende Bemerkung: Ungefähr 9 14 Mrd. Euro würde so ein Grundeinkommen erst mal bewegen, aber die Nettoumverteilung, die dann wirklich stattfindet, das wären ungefähr 300 Mrd. Euro. Wenn man also genau dieses Modell, das wir veröffentlicht haben, in einer negativen Einkommenssteuervariante prüfen würde, dann hätten wir in dieser Einkommenssteuervariante eine Staatsquote von etwa 55 bis 60 Prozent, d.h. es wäre lediglich skandinavisches Niveau. Bei der Sozialdividende würde natürlich auf dem Papier die Staatsquote erst mal gigantisch steigen, aber es sind eigentlich nur Beträge, die auf dem Papier hin- und hergeschoben werden. Von der Nettowirkung wäre es auch nicht mehr. Das sei hier einfach mal gesagt, weil viele Menschen immer durch diese gigantischen Geldverschiebungen abgeschreckt werden, aber wenn man mal wirklich genauer nachforscht und sich die Zahlen genauer anschaut, ist es dann in der Realität nicht ganz so dramatisch wie es immer aussieht.

Ich bedanke mich fürs Zuhören und falls noch Fragen gibt, steh ich natürlich zur Verfügung. Kleiner Hinweis, das waren natürlich viele Zahlen, das Konzept kann man nachlesen in den Broschüren der BAG Grundeinkommen.

Verständnisfragen zum Input

„Bei dem bedingungslosen Grundeinkommen würden die Gewerkschaften sozusagen besser dastehen und würden dann auch mit dem Rücken an der Wand stehen und könnten sich dann anderen Projekten widmen? Kannst du darauf bitte noch mal eingehen?“

Stefan Wolf Ich meine in erster Linie Projekte, die auch in der linken Diskussion schon lange vorhanden sind. Wirtschaftsdemokratie, Demokratisierung der Betriebe, das sind alles Projekte, die die Gewerkschaften zurzeit auf Eis legen mussten, weil sie fast nur noch auf Abwehrkämpfe konzentriert sind. Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen bestünde die Chance neben der klassischen Lohnpolitik eben auch neue Betätigungsfelder zu

eröffnen und eben auch im Bereich der Wirtschaft konsequent umzugestalten. Da könnten natürlich die Gewerkschaften auch durchaus eine gestaltende und tragende Rolle übernehmen. Das ist die Rolle, die wir für die Gewerkschaften in der Grundeinkommengesellschaft angedacht haben.

„Inwiefern ist das bedingungslose Grundeinkommen aus dem Existenzgeld entwickelt wurden? Du hast vorgetragen, dass die Auszahlung des bedingungslosen Grundeinkommens an Personen ohne Einkommen stattfinden soll, allerdings ohne Bedürftigkeitsprüfung. Das halte ich persönlich für etwas problematisch, wobei ich einflechten möchte, dass ich kein Befürworter von Bedürftigkeitsprüfungen bin.“

Stefan Wolf Die Diskussionsaspekte klammern wir aus, aber soviel zu den gefragten: Existenzgeld ist natürlich auch bedingungsloses Grundeinkommen, das als Sozialdividende bezahlt wird oder bezahlt werden soll. Und es ist auch von der Finanzierung relativ ähnlich, d.h. auch dieses Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens fällt unter die sogenannten emanzipatorischen Grundeinkommensmodelle und innerhalb dieser Modelle gibt es natürlich sehr viel Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten.

»Habt ihr euch darüber Gedanken gemacht wie die Einführung des Grundeinkommens aussehen könnte, sprich soll es in einem Land beginnen, also z.B. Deutschland oder auf der ganzen Welt gleichzeitig?«

Stefan Wolf Es gibt verschiedene Möglichkeiten, ideal wäre es natürlich, wenn es nicht nur national beginnen würde. Aber wahrscheinlich wird es so sein, dass irgendwelche Länder die Vorreiterrolle übernehmen müssen und wir setzen dann einfach drauf, wenn es mal irgendwo anfängt, ziehen natürlich die anderen Länder auch mit. Das war bei vielen sozialpolitischen Neuerungen in der Weltgeschichte so, dass sehr viele Länder das relativ zeitnah bzw. zeitgleich umgesetzt haben.

„Soweit ich weiß, wollten wir ja an der Forderung der Linken festhalten, auch den Mindestlohn zu fordern. Dann wäre meine konkrete Frage, wie hoch soll gesetzt den Fall, es gäbe ein bedingungsloses Grundeinkommen, der Mindestlohn sein?“

Stefan Wolf Wie gesagt, mindestens 10,- Euro und das würde bedeuten nach unserem Modell bei der 35-Stundenwoche und

gesetzlichem Mindestlohn Nettoeinkommen aus bedingungslosem Grundeinkommen plus Erwerbseinkommen von ca. 1750 Euro netto.

„... andere Länder ziehen dann nach beim Mindestlohn - die anderen Länder. Über 20 Länder haben Mindestlohn und es gibt in Deutschland keinen! Die ziehen nicht nach. Das ist Wunschdenken, dass alle Länder nachziehen.“

„Das kann ich unterstreichen: ich komme gerade aus Litauen und Lettland und diese Länder haben schon vier Jahre griechische Verhältnisse. Die waren eigentlich 2008 in der Finanzkrise und gingen pleite. Ich hab die Frage zur Grundeinkommensabgabe in Höhe von 35 Prozen - also die Letten und Litauer hätten dann rein zahlenmäßig andere Verhältnisse als die Deutschen. Ist das Grundeinkommen ein internationales oder kann das ein nur national für hoch entwickelte Länder geltendes Grundeinkommen sein?“

Stefan Wolf Natürlich ist es ein internationales Projekt, es geht auch darum, die Einkommensverhältnisse zwischen den Ländern immer stärker anzugleichen, im Idealfall irgendwann sollen natürlich einheitliche Lebensverhältnisse weltweit sein, aber da muss man sich nichts vormachen, das ist eine Sache, die dauert sehr sehr lange. Man muss eben anfangen, indem man die Grundeinkommenssätze im jeweiligen Staatenbund der jeweiligen Staaten anpasst und dann entsprechend versucht, anzugleichen. Das ist die einzige Möglichkeit, die wir bei derzeitigen Verhältnissen haben. Anders ließe es sich nicht umsetzen.

Überleitung Klaus Tischendorf

Nun hören wir den anderen Teil des Diskussionsstranges. Dazu haben wir Ralf Krämer eingeladen. Er ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft, aber nicht nur das, er hat auch an unserem Parteiprogramm mitgearbeitet. Er vertritt - denke ich ein Stück weit - eine andere Auffassung zu dieser Problematik.

Ralf Krämer Politik und Kämpfe gegen Massenarbeitslosigkeit als zentrale Aufgabe

Liebe Genossinnen und Genossen, auch noch mal danke für die Einladung. Ich kann vielleicht zu meiner Person ergänzen, dass ich als Gewerkschaftssekretär bei ver.di im Bereich Wirtschaftspolitik arbeite. Außerdem bin ich Bundessprecher bei der Strömung sozialistische Linke, die sich aber auch als gewerkschaftsorientiert versteht und die sich ausdrücklich gegen Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens wendet. Zum Programm allerdings: Wir haben im Programm in der Tat zu diesen Fragen ein Ergebnis, einen Kompromiss erzielt, der breit getragen worden ist und der sieht zum bedingungslosen Grundeinkommen so aus, dass wir die Auffassung haben, dass wir kontrovers weiter diskutieren. Wobei mir wichtig ist zu sagen, dass das nicht bedeutet, welche Variante gefällt uns besser, sondern wir diskutieren grundsätzlich kontrovers, weil ich und viele andere in der Partei grundsätzlich jede Variante, das Grundeinkommen zu fordern, für falsch oder sogar für politisch gefährlich halten. Dazu komme ich gleich noch mal. Wenn ich jetzt gleich etwas zu den Konzepten der Arbeit sage und bedarfsdeckender sanktionsfreier Mindestsicherung ist das insoweit auch nicht ein spezifisches Programm der BAG Betrieb und Gewerkschaft, sondern das ist das Programm der Partei, was wir gemeinsam beschlossen haben. Das habe ich auch im Grunde miterarbeitet und das findet sich im Programm im Kapitel über die Reformkonzepte. Dort geht es um das Hier und Jetzt. Es geht nicht um sehr langfristige Visionen, sondern das sind - finde ich - Forderungen, die müssen mit den gesellschaftlichen Realitäten, die müssen mit Kämpfen und Auseinandersetzungen zu tun haben. Und sie müssen prinzipiell realistisch sein. Da reicht es nicht aus, einfach schöne Bilder zu malen. Ich sage, wir könnten natürlich statt einer Mindestsicherung mit einem Regelsatz von 500,- Euro plus Wohnkosten oder einer Mindestrente von 900-1000,- Euro auch gerne 2000 Euro fordern, wenn es nur um das Fordern geht. Und wir fordern noch mal 5 Euro Mindestlohn mehr und 500 Euro mehr an Mindestsicherung als das BGE-Konzept als Grundeinkommen fordert, dann wird das noch attraktiver. Aber so

kommen wir nicht weiter. Wir müssen uns, denke ich, auch über den Realismus Gedanken machen. Ich habe mich mit diesem Finanzierungskonzept sehr intensiv auseinander gesetzt und finde, das geht alles nicht, weder ökonomisch noch politisch, auf. Aber das ist jetzt nicht mein eigentliches Thema. Wobei ich noch sagen will, dass die längerfristige Vision nicht lautet, »irgendwie Grundeinkommen«, sondern die heißt demokratischer Sozialismus. Das ist aus meiner Sicht doch etwas anderes, und erheblich mehr, aber das ist auch nicht das Hauptthema.

Was sind die Probleme, mit denen wir uns auseinander zu setzen haben und um die es hier jetzt geht? Das ist erstens die Armut in dieser Gesellschaft, die natürlich vor allem Erwerbslose trifft. Das ist die Drangsalierung von Erwerbslosen, die heute im Hartz-IV-System stattfindet. Daraus ergibt sich für uns die Aufgabe, ein Konzept zu entwickeln, welches wirklich für alle gesellschaftliche Teilhaber ein würdevolles Leben ermöglicht und da müssen wir uns die Probleme genauer anschauen. Für einen Großteil der Gesellschaft ist bei allen Problemen dies bisher und weiterhin dadurch gewährleistet, dass sie hinreichend hohe Erwerbseinkommen haben. Für einen kleineren Teil ist es dadurch gewährleistet, dass sie Vermögen haben oder Kapitaleinkünfte. Und dann gibt es noch eine kleine Gesellschaft, die Rentnerinnen und Rentner, für die ist es dadurch gewährleistet, so sie denn eine einigermaßen vernünftige Rente haben, dass sie Ansprüche auf Sozialleistungen und auf Sozialversicherungen haben, die begründet sind durch eingezahlte Beiträge und die auch einen eigentumsähnlichen Schutz haben. Ich denke, die erste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass es überhaupt möglichst wenig Menschen gibt, die übrig bleiben, für die nicht durch diese Quellen ein hinreichendes Einkommen gesichert ist. Das ist auch das Konzept, was wir haben, wenn es um Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und hinreichende Löhne geht und um eine Reform des Rentenkonzeptes.. Eine Mindestsicherung ist - sozusagen - für möglichst wenige, die leider durch den Rost gefallen sind. Dafür haben wir konkrete Reformvorschläge, wie das verbessert werden muss. Es muss natürlich höher werden, als es im Moment ist. Die Wohnkosten müssen bis zu einer angemessenen Höhe vollständig übernommen werden, die Regelsätze sind viel zu niedrig, wir haben 500 Euro bisher gefordert im Bundestagswahlprogramm. Wir brauchen höhere Freibeträge auch bei den Vermögen, wobei ich auch sagen will, wir dürfen es nicht

übertreiben, um nicht Ungerechtigkeiten zu produzieren, aber das ist noch einmal ein Extrathema. Ich finde, was die Fraktion beim Rentenkonzept beschlossen hat - also abbezahlte eigene Wohnungen mit 130 m² plus 70000 Euro cash auf der Bank für eine Person völlig anrechnungsfrei zu lassen - ist nicht mehr Armutsbekämpfung, sondern die Sicherung von Privilegien von Vermögenden, die eigentumsmäßig zu den reichsten 20 Prozent gehören und der Schutz von Erben. Und das ist nicht Aufgabe der Sache, dafür Steuerzahler zu belasten.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Wir wollen weg von diesen Bedarfsgemeinschaften. Es geht also um die eigenen Einkommen, die Menschen haben, die wir anrechnen wollen, nicht um die, insbesondere auch nicht um die von Unverheirateten, die irgendwie zusammen leben. Natürlich sind Unterhaltsansprüche, die Kinder oder auch Verheiratete haben, zur Kenntnis zu nehmen, weil die ja auch rechtlich gesichert sind. Und klar ist, wir müssen weg von diesen Repressionen, wir müssen weg von Sanktionen und Mindestsicherung ist ein Rechtsanspruch. Das ist im Prinzip heute schon so, aber die Praxis sieht ja oft anders aus. Aber das ist entscheidend. Da können wir reale Verbesserungen durchsetzen, da gab es auch schon mal wesentlich bessere Bedingungen als wir jetzt aufgrund der Entwicklung neoliberaler Vorherrschaft in den letzten Jahrzehnten haben.

Das zweite Problem, womit wir uns auseinander setzen müssen, sind die Probleme in der Arbeitswelt. Wir haben Niedriglöhne und Hungerlöhne, wir haben schlechte Arbeitsbedingungen, ungesunde Arbeitsbedingungen, ungünstige Arbeitszeiten, zu denen Leute faktisch gezwungen sind, wir haben immer mehr Druck und Stress in der Arbeitswelt, wir haben Unsicherheit, befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge, mit denen alle möglichen Standards umgangen werden, in weiten Bereichen gelten keine Tarifverträge, gibt es keinen Schutz über Betriebsräte, werden auch Gesetze nicht beachtet. Und an dieser Stelle setzt das Konzept Arbeit an und formuliert Forderungen, mit denen wir die Lage verbessern wollen, eben im Lohnbereich durch Mindestlöhne, die hinreichend hoch sind. Höhere Löhne wollen wir insgesamt in den nächsten Jahren auch durchsetzen. Das wird eine ganz wichtige Aufgabe. Genauso, wie Tarifverträge wieder stärker gültig zu machen sind, in allen Teilen der Wirtschaft, für die Beschäftigten. Wir wollen Arbeitszeitverkürzung

mit vollem Lohnausgleich durchsetzen, aber auch dafür sorgen, dass die Leute, die gezwungenermaßen weniger arbeiten und dadurch auch weniger Einkommen erzielen, als sie gerne würden, die zum Beispiel nur einen Minijob oder eine Teilzeitstelle haben, obwohl sie gerne voll arbeiten würden, dass auch die dazu die Möglichkeit kriegen und Arbeitsplätze dafür geschaffen werden. Außerdem muss der Kündigungsschutz verbessert werden und man muss Leiharbeit und Befristung abbauen. Wir wollen dafür sorgen, dass Schwerbehinderte entsprechend gleich behandelt und gleiche Chancen haben, gleichen Lohn für Frauen durchsetzen, Mitbestimmung auf den verschiedenen Ebenen stärken, also vom Betrieb bis letztlich zur Gesamtwirtschaft, Gewerkschaften stärken, Streikrecht durchsetzen - auch politisches Streikrecht. Das sind die Aufgaben, die wir haben, und die sind auch alle schon beschrieben im Programm

Wichtig ist mir: Das Grundproblem bleibt die Massenarbeitslosigkeit und daran können wir nicht vorbei sehen. Sie bleibt das zentrale Interesse und Bedürfnis der Erwerbslosen, die wollen nicht nur ein bisschen Geld und in Ruhe gelassen werden. Die meisten, die es nicht aufgegeben haben, haben den Anspruch, eine vernünftige Stelle zu finden, von der man gut leben kann und die möglichst viele Kriterien dieser guten Arbeit auch erfüllt. Wobei, gute Arbeit: Es ist natürlich klar, im Kapitalismus hat das alles seine Grenzen, aber es ist andererseits wichtig und notwendig, dass anzustreben und gesellschaftlich organisierte Arbeit, Erwerbsarbeit, Lohnarbeit, ist die, um die es dabei geht, weil das überhaupt die gesellschaftlich regulierte Arbeit ist. Kein Schwein kümmert sich um Arbeitsbedingungen im privaten Haushalt, die ist oft ungesünder, die Unfälle sind da oft häufiger, ich würde das auch alles nicht hochjubeln, was unter Eigenarbeit verhandelt wird, die private Arbeit ist zumeist eine Notlösung und nicht weil es irgendwie besser ist.

2. Für die Finanzierung des Sozialstaates ist die Massenarbeitslosigkeit ein zentrales Problem, sie kostet Geld und sie bedeutet weniger Einnahmen. Alle Sozialleistungen beruhen in letzter Instanz darauf, dass Erwerbstätige Einkommen erwirtschaften, aus denen dann umverteilt wird, über Steuern und Abgaben. Anders geht das gar nicht. Und würde man als Gesamtrendenz sagen, je geringer die Arbeitslosigkeit, desto leichter ist es, gute und großzügige Sozialleistungen durchzusetzen und zu finanzieren,

je höher die Arbeitslosigkeit ist, desto schwieriger. Ein weiterer Punkt ist, dass hohe Arbeitslosigkeit schlechte Kräfteverhältnisse, vom Betrieb über die Gesellschaft bis hin zur Politik, und Druck auf die Beschäftigten und auf die Gewerkschaften bedeutet. Letztlich ist es auch so, dass es weiterhin massiv ungedeckte Bedarfe gibt. Es ist also nicht so, dass uns die Arbeit ausgeht, es gäbe viel zu tun, wo wir Erwerbsarbeit organisieren müssten, im Bildungsbereich, im Pflegebereich, in Kitas, in ganz vielen Bereichen, auch für den ökonomischen Umbau muss - glaube ich - viel gemacht werden, was Erwerbsarbeit bedeutet. Darum muss das weiterhin die Politik gegen Massenarbeitslosigkeit mit zentraler Aufgabe sein. Das ist dann insgesamt das Konzept, was auch breite Übereinstimmung schafft zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, insbesondere den Gewerkschaften, wo es auch reale Kämpfe gibt, an denen angeknüpft werden kann für bessere Arbeit z.B. in Betrieben und dann Auseinandersetzungen, wo reale Fortschritte möglich sind, wo es auch Potenzial-Mehrheiten gibt für zentrale Forderungen, wie z.B. Mindestlöhne. Aus meiner Sicht ist der Platz der LINKEN in diesen Kämpfen zu stehen und zu zeigen, dass wir die Kraft und die Partei sind, die konsequent die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung vertritt. Ein Problem habe ich eben mit Konzepten, die dann eher ein reines Versprechen sind und die aus meiner Sicht weder ökonomisch noch gesellschaftlich wirklich funktionieren. Nun kann man sagen, das ist ja alles - wer weiß wie - lohnarbeitsfixiert und was ist mit den anderen Arbeiten, sind die nicht genauso wichtig? Selbstverständlich sind die alle genauso wichtig in dem Sinne, dass die Gesellschaft natürlich nicht ohne Arbeit leben kann - gar keine Frage. Aber die Erwerbsarbeit, die Lohnarbeit spielt eben in dieser Gesellschaft, die eine Geldgesellschaft, eine kapitalistische Gesellschaft ist, eine zentrale Rolle, ob uns das gefällt oder nicht. Es reflektiert einfach die Realität. Und die Lohnarbeit hat auch im Kapitalismus einen Doppelcharakter. Sie ist nicht nur ausgebeutet und entfremdet, sie ist trotzdem Arbeit, aus der Leute auch Selbstwertgefühl, Selbstverwirklichung ziehen und sie ist die Arbeit, die überhaupt gesellschaftlich reguliert ist und worauf sich Forderungen, sie zu gestalten gesellschaftlich, tariflich oder gesetzlich, überhaupt nur beziehen können. Übrigens auch in dem, was wir im Programm als demokratischer Sozialismus verstehen, gehen wir davon aus, dass es in absehbarer Zeit noch so aussieht, dass es Warenproduktion gibt, dass Geld eine Rolle spielt. Das heißt nichts ande-

res, als dass sie auf Erwerbsarbeit beruht. Weil alle Güter und Dienste, die wir kaufen, die sind mit in Erwerbsarbeit hergestellt und nicht irgendwie anders. Das heißt auch, ein Konzept vom bedingungslosen Grundeinkommen - dem wird wahrscheinlich gar nicht groß widersprochen werden, hoffe ich - beruht vollständig darauf, dass eigentlich die ganz überwiegende Mehrzahl der Leute erwerbstätig ist und die Einkommen erwirtschaftet, aus denen dann letztlich auch ein Grundeinkommen finanziert werden muss, weil anders geht das gar nicht. Das ist nicht irgendeine Meinung. Das ist ökonomischer Fakt. Insoweit geht es - finde ich - darum, den wahren Charakter der Arbeitskraft einzuschränken, durch soziale Rechte, durch Recht auf Arbeit, gute Arbeit, durch all diese Forderungen. Das eben ist in absehbarer Zeit die Perspektive. Und ein letzter Punkt: Diese zentrale Rolle der Arbeit, der Erwerbsarbeit in der Gesellschaft, ob es uns passt oder nicht, ist eben objektiv so. Gesellschaft ist Austausch von Produkten, von Arbeit, von Arbeitstätigkeiten. Das wurde immer mehr in der historischen Entwicklung, und dieser Prozess hält an, dass ein Austausch über den eigenen Haushalt und den Hof hinaus geht, sondern der durch Geld vermittelt ist. In diesem Sektor der gesellschaftlichen Arbeit, des gesellschaftlichen Austausches, das ist der Bereich, wo die Produktivkräfte entwickelt werden, wo Qualitätssteigerungen, Qualifikationsentwicklung stattfindet, wo neue Produkte entwickelt werden, und die auch immer stärker das Leben auch außerhalb des Erwerbssektors prägt, und zwar im Kapitalismus natürlich nicht nur in schöner Weise, sondern auch mit bösen Flexibilitätsanforderungen, mit Deformierungen sozusagen, die sich in allen Lebensbereichen, auch im Bildungsbereich auswirkt, aber denen wir nur Herr werden können, wenn wir im Erwerbsbereich die Bedingungen verbessern und regeln und sozial und ökologisch umgestalten. Gute Arbeit ist da ein zentrales Konzept, und da sind die Kämpfe, an denen anzuknüpfen ist. Ich denke, die Geschichte des Kapitalismus bis heute zeigt, es ist möglich, gewisse Fortschritte zu erreichen. Und es formieren sich genau in diesen Kämpfen auch die Kräfte, nämlich die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, die in der Lage sind etwas durchzusetzen, weil die Arbeiterklasse die lohnabhängige Klasse im Kapitalismus ist, die beherrschte Klasse. Aaber die sind völlig machtlos, sondern sie sind sogleich diejenigen, die die Werte schaffen, Werte im Sinne von finanziellen Werten, ohne deren Arbeit gibt es keine Profite und sie sind die Mehrheit der

unabhängigen Bevölkerung. Das gibt ihnen prinzipiell eine Macht etwas durchzusetzen. Es ist ja auch in der Geschichte durchaus einiges durchgesetzt worden. Die Aufgabe ist, die gemeinsamen Interessen dieser lohnabhängigen Klasse zusammen zu kriegen, gesellschaftliche Bündnisse zu schaffen für Forderungen, die man auch durchsetzen kann, an denen man anknüpfen kann, auch für weitergehendes, für die Überwindung des Kapitalismus. Es geht nicht, sich auf Forderungen zu kaprizieren, die mit der Realität gar nichts zu tun haben oder sogar gefährlich sind. Ich agitiere nicht gegen das bedingungslose Grundeinkommen, weil ich irgendjemanden kein Geld gönne, sondern weil ich einfach sehe oder befürchte, wozu das führt. Es lenkt von den Kämpfen ab um die es hier gerade geht. Es führt Kräfte auf der linken, auf der sozialen Seite nicht zusammen, sondern spaltet sie eher, weil es eben sehr unterschiedliche Auffassungen gibt. Es ist bei vielen in der Grundeinkommensgemeinde auch mit ziemlich antigewerkschaftlichen Positionen verbunden. Man muss einfach sehen, welche Kräfte haben ein Interesse an so einem Konzept. Die überwiegende Mehrzahl hat daran objektiv kein Interesse, weil deren Einkommen anderweitig gesichert ist. Es gibt Teile der Beschäftigten und es gibt Erwerbslose, die daran ein Interesse haben, es gibt Teile auf der ganz anderen neoliberalen Seite, die auch ein Interesse daran haben, natürlich nicht emanzipatorisch, sondern andere, die ein Grundeinkommen von 600 Euro plus Krankenkasse vertreten. Ich sehe überhaupt keine Chance, weder ökonomisch noch politisch, ein linkes Konzept zum Grundeinkommen auch nur in die Nähe einer Realisierung zu bringen, ich sehe aber das Risiko, dass, wenn überhaupt in der Richtung etwas passiert, dann nur mit Hilfe von diesen neoliberalen Kräften. Denen geht es darum, die gesamten sozialen Sicherungssysteme, Arbeitsschutz, alles abzuräumen und zu sagen, es gibt doch ein Grundeinkommen, das ist zwar nicht viel, aber da haben doch alle was, die gegebenenfalls brauchen und mehr braucht man nicht. Und das war es mit dem Sozialstaat. Das wäre schlechter, viel schlechter als es jetzt ist für alle Beteiligten, und das will ich nicht.

Verständnisfragen zum Input

„Du hast zum Schluss das Wort Arbeitsschutz gesagt. Ich arbeite

beim staatlichen Arbeitsschutz und weiß daher von diesen vielen quälenden eMails, die wir als staatlicher Arbeitsschutzbehörde bekommen wegen der prekären Beschäftigungsverhältnisse und auch Lohnverhältnisse. Trotzdem finde ich, als LINKE ist es ganz wichtig, über das Grundeinkommen zu diskutieren und das schließt sich für mich überhaupt nicht aus. Ich gebe dir Recht in vielen deiner Analysen, aber ich finde, so mancher könnte seinen wirklich zermürbenden, krank machenden Arbeitsplatz verlassen, wenn es dieses Grundeinkommen gäbe, und wir würden im Umkehrschluss die Arbeitgeber vielleicht schon heute und jetzt zwingen, etwas für bessere Arbeitsverhältnisse zu tun. Trotzdem hab ich natürlich Fragen zur Finanzierbarkeit, aber findest du nicht auch, dass es auch ein Weg wäre, heute schon neben aller Appelle an die Arbeitgeber im staatlichen Arbeitsschutz, hier ein Druckmittel zu haben, um Arbeitskräfte zu halten, und also auch Arbeitsbedingungen zu verbessern?.“

„Du hast gesagt, dass aus deiner Sicht das Grundeinkommen nicht finanzierbar ist, hast dann gesagt, dass es eigentlich nicht dein Thema ist. Mich würden allerdings schon die Argumente interessieren, warum du es nicht für finanzierbar hältst und welche Modelle du für nicht finanzierbar hältst?.“

„Mich würde interessieren, warum du das BGE mit dem antikapitalistischen und sozialistischen Gedanken nicht vereinbart hältst.“

„Welches Verständnis hast du davon, wieso es Massenarbeitslosigkeit gibt unter den Bedingungen von Konkurrenz und Produktivitätssteigerung.“

Ralf Krämer Früher gab es in Westdeutschland ein deutlich besseres Sozialhilfesystem, wo die Leute viel weniger unter dem Zwang standen, bestimmte Arbeit unbedingt machen zu müssen. Trotzdem gab es schlechte und schlecht bezahlte Arbeit. Ich glaube, der einzige Weg, die Bedingungen, dass schlechte Arbeit nicht nur durch Regulierung und staatliche Eingriffe, sondern auch dadurch, weil sie keiner machen will, wesentlich verbessert wird, besteht dann, wenn wir mehr oder weniger Vollbeschäftigung haben. Das ist faktisch eine andere Situation, wenn ein Erwerbsloser nicht mehr ein Problem hat, eine Stelle finden zu müssen, sondern wenn die Chefs gewissermaßen ein Problem haben, jemanden zu finden. Dann sieht die Welt ganz anders aus.

Aber ich habe diese Hoffnung nicht, dass ein Grundeinkommen dazu führen würde, das ist aus meiner Sicht nicht real.

Zur Finanzierung: Das wäre natürlich im Einzelnen durchzugehen. Ich habe mich mal mit dem vorliegenden Konzept beschäftigt. Das hat erstens an einer ganzen Reihe von Stellen falsche Anlagen- und riesige Finanzierungslöcher. Bei der Rente z.B. gilt möglicherweise für eine Phase, wo es seit 50 Jahren ein Grundeinkommen gibt, und nicht alles umzustellen ist. Aber bis dahin gilt, dass diejenigen, die Rentenbeiträge bezahlt haben, irgendwann mal natürlich einen Anspruch auf die entsprechende Rentenleistung haben. Es wird gesagt, das Grundeinkommen soll kumuliert werden an das Einkommen. Man kann aber nicht Leuten, die Rentenansprüche haben, was sie eingezahlt haben, schlechter stellen als Leute, die nicht eingezahlt haben und ihr Geld z.B. auf die hohe Kante gelegt haben. Beide haben den Anspruch, dass dann das Geld dazu kommt. Das heißt, man hat zumindest am Anfang und für die ersten Jahrzehnte ein Nettozusatzaufkommen von wenigstens 5, 6, 700 Mrd. Euro zusätzlich. D.h. man muss die gesamten Steuereinnahmen mehr als verdoppeln. Die Rechnungen kommen nicht hin. Das Haupteinkommen ist nicht die Basis der Besteuerung. Von den Vermögenseinkommen und Gewinneinkommen geht ein großer Teil, der im Haupteinkommen statistisch auftaucht, an der Steuer völlig vorbei. Es sind Sachen im Volkseinkommen, wie z.B. selbst genutztes Wohneigentums, die werden überhaupt nicht besteuert. Das haut alles nicht hin, es ist doch völlig unrealistisch zu denken, dass man das alles in dieser Gesellschaft, wo wir nicht mal ein paar Milliarden zusammen kriegen für wichtige soziale Zwecke, durchsetzen können, dass man das alles so machen kann, dass nur die reinen Kapitalisten mehr bezahlen. Das würde aus meiner Sicht bedeuten, man müsste ab dem 1. Euro den man verdient, alle Einkommen ungefähr in der Höhe von 70 Prozent abkassieren, und das auch durchsetzen.

Dann zum Antikapitalismus. Ich hab nicht gesagt, dass es antisozialistisch ist. Ich finde, es ist gut gemeint, aber ich glaube es funktioniert nicht. Für mich ist Sozialismus was anderes. Sozialismus beruht darauf, dass wir die Produktion, die Produktionsverhältnisse, den gesellschaftlichen Arbeitsprozess, auf dem alles beruht, demokratisch organisieren. Das interessiert das Grundeinkommenskonzept nicht wirklich. Das heißt, wir müssen Eigentumsverhältnisse verändern, wir müssen uns Gedanken

machen, wie kann man eine demokratische Steuerung in der Wirtschaft hinkriegen, wie kann man gute Arbeit hinkriegen. Für mich bedeutet die sozialistische Gesellschaft auch eine Welt, wo es keine Massenarbeitslosigkeit mehr gibt.

„Wo nimmst du deine Zuversicht her, dass alle die das BGE bekommen, dann nicht mehr arbeiten? Ich will nur drauf verweisen, dass schon heute bedeutend mehr ehrenamtliche, unbezahlte Arbeit gemacht wird.“

„Ich bin Gewerkschafter - schon seit 30 Jahren. Zu 90 Prozent finde ich das, was du gesagt hast absolut in Ordnung, es entspricht auch der Realität. Etwa wenn man sich die Situation in den Betriebsräten hier anguckt, oder Tarife die da zum Teil auch bezahlt werden. Nur an einem einzigen Punkt da scheiden sich unsere Geister, und das ist das Thema Grundeinkommen. Mittlerweile gibt es auch einen Dialog innerhalb der Gewerkschaften, den Gewerkschafterdialog Grundeinkommen. Und es gibt viele Diskussionen zum bedingungslosen Grundeinkommen, zu einem existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommen.“

Glaubst du nicht, dass es viel besser funktioniert, wenn Gewerkschaften viel mächtiger sind, wenn es Gewerkschaftsmitglieder gibt, oder wenn es Menschen gibt, die von Existenzängsten frei sind und sich dann auch frei in Gewerkschaften organisieren können, ohne Angst zu haben, dass ihre Betriebe schließen und sie damit von der Existenzsicherung abhängig sind? Da würde es viel mehr Macht für die Gewerkschaften geben, da würde dich das, was du zum Schluss bezogen auf die Arbeiterklasse gesagt hast, viel besser umsetzen lassen.... „

Ralf Krämer Es gibt natürlich überall Leute in den Gewerkschaften, die das Konzept attraktiv finden. Das hört sich auch erst mal attraktiv an. Meine These ist nur, gerade das kritische Nachdenken darüber führt dann dazu, dass man merkt, das hört sich zwar nett an, aber das geht alles gar nicht. Und die Freiheit von Existenzängsten können wir weitgehend durch ein wesentlich verbessertes System von Mindestsicherung, wie ich es vorge stellt habe, viel einfacher und viel realistischer erreichen. Das sind reale Chancen voranzukommen. Das andere steht irgendwie in den Sternen. Und der andere Punkt: Ich habe nicht gesagt, dass die Leute alle nicht mehr arbeiten dürfen. Ich bin sogar der

Meinung, dass die Leute dann weiterhin zum ganz überwiegenden Teil Erwerbsarbeit leisten würden, was ja nicht dasselbe ist. Aber das ist nicht mein Punkt. Ich befürchte eher, dass alle Reden von Mindestlohn erledigt sind, weil es funktioniert einfach nicht. Jedes Einkommen hat dann den Charakter von Zuverdienst. Es gibt keine Gründe mehr für den Mindestlohn. Man findet dann immer irgendwelche Selbstständige, die das dann mal eben machen für ein paar Euro, weil immer wenn man schon 1000 Euro hat, dann sind 200 Euro dazu ja besser als nichts, auch wenn man nicht davon leben könnte. Aus meiner Sicht wird allen Regulierungen und Mindestlöhnen völlig der Boden entzogen der Realität.

Juliane Nagel leitet weiter

Ich glaube, die Diskussion ist hinreichend spannend und wir haben einen Schnitt gemacht. Es fällt jetzt schwer, eine konkrete Frage zu stellen. Katja, du bist ziemlich lange bekannt als Streiterin für das bedingungslose Grundeinkommen. Du hast dich auch in Sachsen eingesetzt im Zuge der Erarbeitung der Sozialpolitischen Leitlinien, dass da zumindest ein Passus reinkommt, dass wir als Partei darüber diskutieren und auch teilweise dahinter stehen. Wie reagierst du auf das, was wir jetzt gehört haben. Ist das Grundeinkommen wirklich so gefährlich, wie es bis jetzt bezeichnet wurde?

Katja Kipping Von Abwehrkämpfen zum demokratischen Sozialismus

Ich will erst einmal zwei Vorbemerkungen machen. Und zwar zum einen, Ralf Krämer hat vollkommen Recht, die Darstellung, was Position der Partei ist und was in unserem Programm steht, ist eine kontroverse Debatte. Das haben wir gemeinsam als Kompromiss ausgehandelt und mir ist das auch wichtig überall zu sagen, nur weil ich Parteivorsitzende bin, heißt das nicht, dass meine Position 1:1 die Meinung der LINKEN ist, sondern es ist eher so, dass ich da wahrscheinlich eine mehr natürliche Arbeitsteilung habe. Ich bin total schlecht darin, die Gegenargumente zu beurteilen. Das zweite ist, ich bin und war seit vielen Jahren zuständig für Sozialpolitik und insofern sind ein Großteil meiner Arbeit viele Dinge, die auch Ralf Krämer benannt hat, und daher natürlich Punkte, wo wir gemeinsam kämpfen. Wie beispielsweise Abschaffung von Sanktionen. Wenn man erfährt, dass der Mann, der vorm Bundesverfassungsgericht gegen den Regelsatz geklagt hat, und seine Frau kurz danach eine Androhung von 100%iger Sanktion bekommt, man das Gefühl hat, hier soll jemand dafür bestraft werden, dass er seine Rechte wahrnimmt. Das ist ein Skandal. Das Problem ist nur, wenn man nur Abwehrkämpfe führt und nur versucht, ein Problem nach dem anderen zu lösen, hast du das Gefühl, du bist wie eine Feuerwehr, die nicht genügend Wasser hat und immer von einem zum anderen rennt. Und genau damit man im alltäglichen Hamsterrad nicht die Orientierung verliert, braucht es eine weitergehende Perspektive. Das ist für mich tatsächlich das Grundeinkommen.

Jetzt will ich was zu der Kritik sagen. Was ich immer ungünstig finde ist, wenn ein und dieselbe Person das Grundeinkommen von zwei Seiten projiziert. Zum einen heißt es, es ist nicht realistisch genug, weil durchsetzbar ist maximal der Mindestlohn und andererseits heißt es dann, und im Übrigen ist es ja nicht sozialistisch genug. Das ist unlogisch. Entweder man möchte, dass wir nur Politik machen für die Dinge, die möglichst sofort in der nächsten Regierungsbeteiligung durchzusetzen sind oder im nächsten Streit, dann muss man das aber auch sagen, dass

wir einfach sozialdemokratische Politik machen. Oder aber man sagt, wir dürfen nur Sachen benennen, die automatisch das Ende des Kapitalismus bedeuten, dann muss man aber sagen, dass wir eine rein antikapitalistische Partei sind. Ich finde, die Stärke des Grundeinkommens besteht genau darin, dass sie eine Verbindung zwischen diesen zwei Gruppen darstellt, nämlich zwischen dem, was an konkreten Kämpfen hier und heute stattfindet und wo man sich auch vorstellen kann, wie das das Leben verändert und gleichzeitig die Perspektive zu einer Gesellschaftsveränderung eröffnet. Natürlich kann niemand heute einen Garantiescheck ausstellen, wann das Grundeinkommen da ist und der Kapitalismus abgeschafft und der Sozialismus eingeführt ist. Aber – und da habe ich eine andere Einschätzung als Ralf Krämer – das Grundeinkommen könnte die Perspektive, oder eine Art Brückenkopf sein, in Richtung einer anderen Gesellschaft. Warum? Wir haben heute das Problem, dass die Beschäftigten – es gibt Ausnahmen, wo es mächtige Streiks und mächtige Verhandlungen gibt – im Wesentlichen sehr glücklich sind. Und wir haben erlebt, was Hartz IV mit den Leuten gemacht hat. Das hat sich nicht die LINKE ausgedacht, das ist offiziell bestätigt worden durch ein Institut der Bundesagentur. Im Zuge von Hartz IV hat die Bereitschaft zugenommen, Dumpinglöhne zu akzeptieren und unbegründet familienunfreundliche Arbeitszeiten zu akzeptieren. Die Bundesagentur ist stolz darauf, dass das Ergebnis von Hartz IV ist, das geben sie zu, dass sie das wollen. Wir würden natürlich als Sozialisten sagen, das muss verändert werden. Hartz IV ist nun wirklich das Gegenteil vom Grundeinkommen, in allen vier Kriterien. Es ist unterhalb der Armutsgrenze, es ist mit einer Bedürftigkeitsprüfung, man muss so ziemlich jedes Jobangebot annehmen, und es gibt eine unglaubliche Inhaftnahme der Angehörigen. Wenn man jetzt sagt, diese Hartz-IV-Logik wird vom Kopf auf die Füße gestellt in einer Grundeinkommengesellschaft, wo der einzelne eben nicht, wenn der Chef ihm droht, naja, ansonsten fliegst du raus, in einem System der Schikane, der Erpressbarkeit landet, dann ist man auch in einer ganz anderen Verhandlungssituation. Natürlich wird die Einführung des Grundeinkommens alleine nicht unbedingt dazu führen, dass jetzt alle schreien JA, Wirtschaftsdemokratisierung, sofort, Arbeitszeitverkürzung und mehr, und die Betriebe gehören denen, die drin arbeiten. Aber wenn man ein Grundeinkommen verbindet mit kämpferischen Gewerkschaften und eben die Gewerkschaften und kämpferische Beschäftigte

sich dafür einsetzen können, dass sowohl die Löhne erhöht werden, die Arbeitszeiten reduziert werden und man drittens sagt, im Übrigen, wenn wir hier produzieren, wollen wir auch mitbestimmen, wie Betriebsabläufe sind, wir wollen vielleicht sogar mal die Frage stellen, was produziert wird, muss das immer die Spritschleuder sein, oder kann das nicht mal ein umweltfreundlicheres Verkehrsmittel sein, dann hätte man in diesem Punkt die Wirtschaftsdemokratie gefördert. Und Wirtschaftsdemokratie ist für mich ein Mittel, sich die Produktivkräfte wieder anzueignen.

Dann zur zentralen Frage: Ist das Grundeinkommen in einem Land einzuführen? Das ist ein bisschen wie die Frage nach dem Sozialismus in einem Land. Die ist im 20. Jahrhundert unterschiedlich beantwortet worden. Kann man das Grundeinkommen alleine in einem Land einführen? Natürlich nicht, und die Grundeinkommensbewegung ist längst eine europaweite, ja eine weltweite Bewegung. Die Frage ist nun, was folgt daraus. Setzen wir uns in Deutschland hin, drehen Däumchen und warten bis alle Länder um uns herum das Grundeinkommen eingeführt haben und dann sagen wir, jetzt machen wir mit? Oder wollen wir europaweit, ja weltweit, dafür kämpfen? Im europäischen Parlament hat es bereits Beschlüsse dazu gegeben, wie Mindestsicherungssysteme aussehen könnten, wenn man das Thema maximale Armutsgrenze zur Grundlage nimmt und sagt, das wird eingeführt, und alles was es bereits jetzt an Sozialversicherungssystemen gibt, gilt als ein letztes Netz, unter das keiner fallen darf. Wir können uns das vielleicht europaweit vorstellen, wenn man dann sich das aber weltweit vorstellt, ist das ein bisschen schwer. Ich gebe zu, auch ich habe am Anfang so gedacht, naja, das ist eine Debatte, die kommt aus der westlichen akademischen Welt. Doch dann hat es ein ganz großartiges Modellprojekt in Namibia gegeben, wo man das eingeführt hat. Das ist jetzt von der Lebenssituation und von der Höhe und vom Umfang her nicht vergleichbar. Aber eine Sache ist vergleichbar: Als dieses Modellprojekt in Namibia eingeführt worden ist, gab es denselben Einwand, den man hier immer hört, die hängen doch dann alle nur an der Flasche, das Elend wird zunehmen und das Geld wird vor allen Dingen versoffen werden. In Namibia hat man das dann untersucht, wohin fließt das Geld und es ist eben nicht in Alkohol geflossen, sondern es ist in Schulmaterial für die Kinder geflossen und in Lebensmittel usw. Da zeigt sich vielleicht, dass manche Unrecht haben. Ich wäre sehr dafür, dass diese Debatte

ums Grundeinkommen in vier Punkte eingeteilt wird. Zum einen in die soziale Umverteilung, und zwar Umverteilung in zweierlei Maß, sowohl Umverteilung von Geld als auch von Arbeitszeit.

Hier unterscheidet sich das LINKE Grundeinkommen ganz klar von Lutz Werner und seinen Anhängern, die das über die Mehrwertsteuer finanzieren wollen. Wir sagen, und ich drück es sehr vereinfacht aus, es reicht wenn ein Drittel – und das fängt bei den Bundestagsabgeordneten an - zur Kasse gebeten wird, dafür werden die mittleren zwei Drittel deutlich besser gestellt. Nun könnte man jetzt sagen, wir leben in einer Demokratie, wenn es ein Modell gibt, das 2/3 besser stellt, da müsste das doch eigentlich demokratisch durchsetzbar sein. Das Problem ist natürlich, das reichste Drittel hat eine stärkere Lobby. Aber jetzt mal Hand aufs Herz, bei allen Vorschlägen, die die LINKE oder die Sozialdemokraten oder die Gewerkschaften machen, werden wir Widerstand vom reichsten Drittel haben. Und wenn man sich schon mit dem reichsten Drittel anlegen muss, dann auch richtig und dann noch mit einem Ergebnis, was deutlich die Lebensqualität für alle verbessert.

Was außerdem umverteilt werden muss, ist die Arbeitszeit und zwar die Arbeitszeit in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen. Dazu gehört, dass die Arbeitszeitverteilung zweierlei Extreme haben: Zum einen zwischen gestressten Leuten mit Überstunden und auf der anderen Seite zwischen frustrierten Langzeiterwerbslosen, die sich ein aufs andere Mal erfolglos bewerben. Das was es an gesellschaftlicher notwendiger Arbeit gibt, muss besser verteilt werden und da ist Arbeitszeitverkürzung ein ganz zentraler Schlüssel.

Zum zweiten geht es natürlich auch um Umverteilung zwischen den Geschlechtern. Es gibt eine Untersuchung, wie viel Stunden an unbezahlter Arbeit in dem Land geleistet werden: 96 Milliarden Stunden unbezahlte Arbeit gegenüber 56 Milliarden Stunden bezahlter Arbeit. Die unbezahlte ehrenamtliche Arbeit ist nicht immer so gut und tatsächlich gibt es Bereiche wie Pflegeheime - ich war jetzt bei meiner pflegebedürftigen Großmutter - da wünscht man sich, dass dort noch deutlich mehr Personal angestellt wird, um das vorhandene Personal zu entlasten. Aber gleichermaßen müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass es Tätigkeiten gibt, die kannst du nicht als Erwerbsarbeit organisie-

ren und das kannst du nicht wollen, dass es als Erwerbsarbeit organisiert wird. Natürlich wenn es um gewisse medizinische Pflege geht, um Körperpflege, das können Fachkräfte in Form von Erwerbsarbeit besser machen. Aber was meine Eltern täglich bei meiner Großmutter leisten, mit ihr spazieren gehen, Fotos angucken, mit ihr ein liebevolles Gespräch führen, mitmenschlich sein, das kannst du nicht als einen »Job« ansehen, wo du noch mit der Stechuhr das abrechnen sollst. Aber diese Arbeit ist genauso wichtig im Sinne eines erweiterten Pflegebegriffs, und die muss auch bewerkstelligt werden. Nun könnte man ja sagen, OK dann kriegen das Grundeinkommen nicht nur die Leute, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, sondern dann kriegen das auch diejenigen, die am Tag acht Stunden unbezahlte Arbeit machen, z.B. Pflege der Angehörigen, Kinder erziehen, politisch sich organisieren. Das Problem ist, welche Instanz darf entscheiden, welche Tätigkeit dann als gesellschaftlich nützliche Tätigkeit gilt. Ich hätte da Vorstellungen, auch Vorstellungen was nicht unbedingt dazu gehört. Das Problem ist bloß, welche Instanz darf das entscheiden und wie will man das jenseits eines total autoritären Überwachungsstaates überhaupt durchsetzen? Wenn wir in Dresden sagen würden, das entscheidet der Stadtrat mit seiner schwarz-gelben Mehrheit, dann kann ich sagen, dass all diejenigen, die die Antinaziblockade organisieren, das definitiv nicht als politische Tätigkeit abrechnen dürfen. Ihr merkt also, wenn man das Ernst nimmt mit der Demokratie, kann es nicht eine andere Instanz geben als der einzelne, die entscheidet welche Tätigkeit nützlich und notwendig ist. Insofern finde ich auch die Aussage, alle Güter werden in Erwerbsarbeit hergestellt, lässt eine Sache außen vor, nämlich dass – bevor überhaupt sozusagen ein Arbeiter und ein Arbeitsplatz zusammenfinden und im Schweiß seines Angesichts zu arbeiten oder bevor ein Pfleger ins Pflegeheim geht, um dort zu arbeiten – ganz viel unsichtbare Arbeit passiert. Manchmal in der Familie, in der Regel wird das noch stärker von den Frauen aufgefangen, es kann aber natürlich auch der Hausmann sein, dass jemand das Frühstück zu Hause macht, bevor man auf Arbeit geht, dass jemand die Kinder groß zieht. Das ist ja alles Tätigkeit, die notwendig ist, damit der Einzelne überhaupt erst auf Arbeit gehen kann. Wird das dann angerechnet? Insofern würde ich sagen, dass es viel Arbeit gibt, die einfließt und nicht jede ist in Form von Erwerbsarbeit zu leisten.

Dann gibt es die Frage, haben wir eine Chance, ein emanzipatorisches Grundeinkommen durchzusetzen oder wird uns am Ende das neoliberale Modell aufgedrückt? Die Gefahr ist realistisch. Oder anders, nennt mir eine Forderung von uns LINKEN, bei der nicht die Gefahr besteht, dass sie neoliberal gekapert wird?

Eine Anforderung muss ich stellen. Man kann ja sagen, das Modell Grundsicherung ist kein Grundeinkommen, dass man das neoliberal kapern kann, das haben die Hartz-IV-Parteien hervorragend bewiesen. Das Modell Arbeitszeitverkürzung ist ein urlinkes Thema in den Gewerkschaften, vor hundert Jahren wurde schon um den Samstag und die 5-Tage-Woche gekämpft. Die Forderung nach dem Mindestlohn kann man auch ganz fies in neoliberaler Weise übersetzen. Also es gibt kaum eine Forderung, die die Neoliberalen nicht kapern könnten. Was heißt das jetzt, wie gehen wir mit dieser Gefahr um, ziehen wir uns komplett aus den Debatten zurück? Aber was passiert denn mit den Debatten, wenn sich alle Linken daraus zurück ziehen, aus Angst dass ein falsches Modell die Oberhand gewinnt, die hört doch nicht automatisch auf. Wir haben ja erlebt, dass eine Frau, eine einfache Tagesmutter aus Mecklenburg-Vorpommern, die eine Onlinepetition für das Grundeinkommen bestellt hat, die kein Netz hinter sich hatte, über Nacht 50.000 Unterstützer gehabt hat. Das Internet des Bundestages ist zusammen gebrochen, die ist über Nacht zu einem Star geworden. Weil sie vorher nur von Götz Werner Unternehmermodell hörte, hat sie sich das erst mal zu eigen gemacht und hat damit Fans gesammelt. Überhaupt erst die Tatsache, dass es auch linke Grundeinkommensbefürwortet gibt, führt dazu, dass im man Umkehrschluss auch sagen kann, die Finanzierung die sie wollen, ist sozial ungerecht. Das einzuspeisen finde ich wichtig, da es zumindest einige Dinge gibt, die in diese Debatten direkt eingehen und deutlich machen, wir wollen das Grundeinkommen verbinden mit einer Umverteilung von oben nach unten. Wir wollen es auch verbinden mit einer Veränderungsperspektive.

Deswegen vielleicht noch mal abschließend die Vorteile auf den Punkt gebracht. Ich finde ein Grundeinkommen kann die Kräfteverhältnisse verändern, und zwar auch im Hinblick auf die Höhe der Löhne. Manche behaupten ja, wenn es ein Grundeinkommen gibt, dass die Löhne niedriger ausfallen mit dem

Verweis darauf, man hat ja schon ein Grundeinkommen. Wenn das Argument stimmt, hieße das, dass im Kapitalismus die Höhe der Löhne sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet. Wenn das so wäre, dann muss man erklären, warum es Manager gibt, die in einem Jahr 10 Mio Euro verdienen. Ist das ihr reales Bedürfnis, kann man das Bedürfnis nach 10 Mio im Jahr ernsthaft haben? Und kann man mir erklären, wie dann Löhne von 3 Euro hier in Sachsen entstehen? Das entspricht doch auch nicht dem Bedürfnis. Weder nach oben noch nach unten kann man heute sagen, dass sich die Löhne nach den wirklichen Bedürfnissen der Menschen richten, sondern entscheidend bei der Höhe der Löhne ist doch die Tatsache, wie die Gewerkschaften aufgestellt sind, und überhaupt wie stark die Kräfteverhältnisse sind. In der Tat, das Grundeinkommen wird nicht die Armutsfrage sofort beantworten, aber wenn man das nutzt, um wirklich die Produktionsverhältnisse zu verändern, um Kräfteverhältnisse zu verändern, kann man sagen, man sitzt auf Potenzial.

Abschließend noch ein Argument, um das jetzt nicht nur sozialistisch zu begründen, um es auch demokratisch zu begründen. Wir leben in einer Demokratie und das heißt, dass jeder sich daran beteiligen können muss. Nicht nur Abgeordnete und nicht nur Leute, die im Meinungskollektiv leben. Das heißt aber auch, dass man immer in der Lage sein muss, sich Internetzugang leisten zu können, sich eine Tageszeitung leisten zu können. Das muss man können, unabhängig davon, ob man auf dem Arbeitsmarkt Erfolg hatte und unabhängig davon, ob man sich im Jobcenter oder auf irgendeinem Amt als ordentlicher Untertan bewiesen hat. Insofern sehe ich im Grundeinkommen die materielle Unterfütterung des demokratischen Gedankens und des sozialdemokratischen Gedankens, dass Demokratie eben nicht allein den Abgeordneten, nicht allein den Bundespolitikern überlassen wird, sondern dass Demokratie eine Sache ist, wo sich alle einbringen. Danke schön.

Klaus Tischendorf leitet weiter:

Wir wollen es mal ein bisschen auf die Spitze treiben, sozusagen die Kontroverse immer etwas anfeuern. Es kann ja nichts Schlechtes sein, wenn man keine Prüfung mehr hat, frei von Bedürftigkeit ist, wenn niemand mehr ins Hartz IV gezogen wird - und trotzdem tun sich die Gewerkschaften schwer in dieser Debatte. Ich selbst weiß von ver.di, dass es beim Bundes-

kongress eine Menge Anträge zum Thema gab, die auch strittig waren, die wurden alle abgelehnt, obwohl es die eine starke Befürwortung gab, dafür thematische Arbeitsgemeinschaften zu gründen. Deshalb meine Einstiegsfrage: Warum tun sich die Gewerkschaften so schwer in der Debatte, geht das an die Grundfeste gewerkschaftlicher Aufgaben?

Markus Schlimbach Arbeitsbedingungen hier und jetzt verändern ODER BGE als süßes Gift?

Eine Vorbemerkung: Ich bin gerne hergekommen, weil ich die Diskussion um das Grundeinkommen schon seit vielen Jahren führe. Vor vielen Jahren – da gab es noch nicht einmal eine Landesarbeitsgemeinschaft und Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen, da wurde Hartz IV eingeführt – haben wir zusammen mit Ronald Blaschke in der evangelischen Akademie in Meißen einen Workshop organisiert, wo wir mal übers Grundeinkommen jenseits von Hartz IV gesprochen haben. Da ist die Diskussion vor allen Dingen gewesen, wie kommt man aus der damals noch zu erwartenden Hartz-IV-Tretmühle heraus. Wie schlimm wird das alles mit Hartz IV und was könnte ein Grundeinkommen da für eine Rettung sein? Gleichzeitig ist die Diskussion weiter gegangen, die Idee eines Grundeinkommens ist hier in der LINKEN sehr groß geworden, in anderen Parteien auch. Und dennoch meine ich, dass die Diskussion für Gewerkschaften der falsche Weg ist. Es geht aus meiner Sicht um den Kernpunkt von Würde. Und da sind zwei Fragen, die sich dabei stellen: Ist die Würde durch eine existenzsichernde und erfüllende Arbeit zu erreichen oder ist die Würde durch den möglichen Verzicht auf Arbeit zu erreichen? Das sind die beiden Punkte, um die es hier in der Diskussion um ein Grundeinkommen geht. Gewerkschaften – vielleicht tun wir uns deshalb auch ein bisschen schwer damit – sind Gegenwartgestalter im Hier und Jetzt. Das was hier jetzt abläuft, etwa die ganze Schilderung von Ralf Krämer um prekäre Arbeitsbedingungen, das ist das, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Wir haben ein bisschen Sorge und auch

Zurückhaltung bei Versprechen, die auf die Zukunft hinwirken. Wir wollen uns nicht darauf verlassen, dass die Zukunft besser wird, sondern wir müssen das hier und jetzt, wir müssen den Leuten, die hier und jetzt bei uns Gewerkschaftsmitglieder sind, konkret dabei helfen, dass ihre Arbeits- und Lebensbedingungen besser werden können. Deshalb sahen wir diese Diskussion um das Grundeinkommen mit, ich sag mal, gebremster Vorfreude. Die Gewerkschaften wollen gute Arbeit – und ich will gar nicht wiederholen, was Ralf Krämer für die LINKE gesagt hat, das sind ganz viele Punkte, die wir auch genauso unterschreiben würden. Arbeitsverhältnisse, die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, das sind alles Themen, die bei uns mit auf der Tagesordnung stehen. Auch die Demokratisierung von Arbeit, von Wirtschaft, das ist ein Thema, was in den letzten Jahren immer mehr zurück gedrängt wurde. Ich hab aber mit vielen Dingen, die das bedingungslose Grundeinkommen als Versprechen anführt, meine Probleme. Eins ist, das hat Katja Kipping gerade angesprochen, die Verteilung von Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit oder eben die Verteilung zwischen Arbeit und ehrenamtlicher Arbeit. Ich habe die Befürchtung, dass ein Grundeinkommen zu einem roll-back im Verständnis führen würde. Jetzt haben wir als Gewerkschaften, als Linke, als Oppositionsparteien insgesamt eine riesige Koalition, die mitmacht. Das ist doch nichts anderes als ein Grundeinkommen, damit Frauen zu Hause bleiben können. Das ist vielleicht nicht bedingungslos, aber im Endeffekt geht es darum, und genau das ist auch der Punkt, wo ich die Sorgen habe, dass dort falsche Akzente gesetzt sind.

Nächster Punkt ist für uns das gewerkschaftliche Solidaritätsverständnis. Wir sind als Gewerkschafter zur Solidarität aufgerufen mit denen, die ihrer bedürfen. Wir sind aber nicht zur Solidarität aufgerufen mit denen, die keine Notwendigkeit haben. Nun gibt es ja Millionen, die brauchen nicht unbedingt ein Grundeinkommen und auch deren Kinder brauchen kein Grundeinkommen. Von daher gibt es nach wie vor gewerkschaftliche Solidarität mit denjenigen, die dieser Solidarität bedürfen, das sind Erwerbslose, das sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und bei denen liegt unser Schwerpunkt. Ich hab die Befürchtung, dass diese Pauschalen, und darum geht es beim Grundeinkommen, Ungerechtigkeiten hervor rufen, die dann eine Ungleichheit in der Gesellschaft befördern. Solidarität ist aus gewerkschaftlicher

Sicht keine Einbahnstraße. Katja Kipping hat es gerade wieder gesagt, es geht darum, dass der Einzelne entscheiden kann, worum es ihm wichtig ist bei dem Grundeinkommen. Für mich ist die große Sorge, dass bei einem Grundeinkommen Fragen um Solidarität und Gemeinsinn zu kurz kommen. Das Grundeinkommen ist in der Überzeugung von vielen, die es vertreten, ein Projekt, welches auf den Einzelnen abzielt mit einer sehr starken Individualisierung. Jeder kann seines Glückes Schmied sein. Das steht dahinter. Und ich habe Sorge, dass dann solche solidarischen Gedanken, wie sie Gewerkschaften zu eigen sind, eher ins Hintertreffen geraten, dass Gewerkschaften eigentlich nicht mehr benötigt werden, weil man glaubt, jeder kann es ja selbst schaffen.

Machen wir jetzt mal ein Gedankenexperiment. In 20 Jahren hat die LINKE mit dem Versprechen, ein Grundeinkommen einzuführen, und Katja Kipping als Kanzlerkandidatin, die Herrschaft in Deutschland erreicht. Es ist ein wunderbarer Wahlerfolg, 52 Prozent, keine Koalitionsverhandlungen, und es wird ein Grundeinkommen eingeführt. Und mit den Piraten und den Überresten der Sozialdemokratie schaffen wir dann im Grundgesetz die Schuldenbremse ab, weil das in den anderen europäischen Ländern schon längst Standard ist. 14 Tage später treffen sich die Arbeitgeberverbände und machen eine große Kampagne, setzen Hundert Millionen ein, indem es darum geht, darzustellen, dass ein Grundeinkommen zwar ganz gut ist, aber dass das unsere Schuldenlast immer weiter steigen lässt, dass die jetzt auch noch die Schuldenbremse abgeschafft haben, die Enteignung der BILD-Zeitung funktionierte auch nicht ganz so gut, das ist vielleicht das weniger Erfolgreiche in deiner Amtszeit. 4 Jahre später kommt eine Götz-Werner-Partei, die macht das vielleicht noch nicht beim ersten Mal richtig, aber beim zweiten Mal wird mit den Piraten zusammen eine Koalition gebildet und dann das Grundeinkommen weiter entwickelt. Die Götz-Werner-Partei gewinnt bei der nächsten Wahl. Und dann wird der Kündigungsschutz abgeschafft und dann wird festgestellt, es war ja alles viel zu teuer, was wir da eingeführt haben und das funktioniert da alles nicht so, wie wir uns das vorgestellt haben. Die Wirtschaft ist auch nicht ins Laufen gekommen. Wir fangen jetzt mal an, die Krankenversicherung, die Rentenversicherung abzuschaffen, weil das Grundeinkommen ja für alle funktioniert. Die Rente von 1050 Euro, auf den Satz hat man sich geeinigt, das reicht

vollkommen für die Rentner, es reicht auch, dass die Leute einen Krankenversicherungsschutz haben, Rentenversicherungen und auch Arbeitslosenversicherung können wir dann abschaffen und dann haben wir ein Grundeinkommen, was genau nach Götz Werner funktioniert. Die Sozialversicherungszweige haben wir abgeschafft, das gibt es nicht mehr, private Arbeitsvermittlung wird wieder eingeführt, Hartz IV braucht man auch nicht mehr, wurde auch mit dem Grundeinkommen abgeschafft. Das ist meine Sorge, dass wir mit ganz leichten Stellschrauben ein Programm, was gute Ansätze beinhaltet, zu einem vollkommen negativen umstellen können, das ganz leicht geht in einer demokratischen Gesellschaft. Und wir haben alle miteinander, alle die wir hier sitzen, im Endeffekt nichts davon.

Meine Überzeugung bleibt, dass wir Regeln für den Sozialstaat brauchen, mit denen wir als Gewerkschaften, mit denen wir als LINKE, mit denen wir als Erwerbslose, als Arbeitnehmer zurechtkommen. Dazu gehört natürlich, dass Hartz IV anders aufgebaut werden muss. Dass eine Zwangsarbeit in dem Bereich abgeschafft werden muss, dass wir höhere Regelsätze haben. Die Gewerkschaften klagen jetzt wieder mit Betroffenen für höhere Regelsätze. Das sind die Veränderungen, die wir hier und jetzt schaffen wollen. Deshalb glaub ich nicht daran, dass wir mit dem süßen Gift des bedingungslosen Grundeinkommens wirklich unsere Gesellschaft so gestalten können, dass wir davon besser werden, sondern wir brauchen – und das ist mein Wunsch an die LINKE – Unterstützung, dass wir starke Gewerkschaften sind, dass es ganz üblich ist in der LINKEN Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, und dass man daraus starke Gewerkschaften hat, nicht bloß auf die Schulter klopfen, sondern auch Mitgliedschaften. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion.

Diskussion

„Liebe Gewerkschaften, darf ich euch daran erinnern, das ihr vor 10 Jahren den Mindestlohn abgelehnt habt. Vor 10 Jahren hieß es, die PDS ist populistisch. Helft uns lieber, das Denken der neoliberalen Varianten des DGB einzuschränken und helft uns lieber bei der Aufklärung, das, glaube ich, ist wichtig. Ich erlebe das zurzeit in Bautzen, dort haben wir eine Mitstreiterin, die inzwischen so bekannt ist, dass sie es schafft, in jedem Jahr eine BGE-Woche zu

gestalten. Da waren im letzten Jahr zwei Bundestagskandidaten an einem Tisch, zwei Landtagsabgeordnete und ein Pirat. Und im Ergebnis hatte Caren Lay, die auch an diesem Tag da war, so einen Beifall bekommen, dass praktisch ein Bewusstseinsgewinn dabei rausgekommen ist. Ich hoffe, dass das ein bisschen Überlegung wert ist, mal nachzudenken, ob man nicht doch etwas anderes annehmen kann.“

„Ich wollte auf zwei Sachen eingehen, die ich für nicht funktionierende Argumente halte. Zum einen, dass die Herdprämie so eine Art Grundeinkommen sei. Da kann ich auch am Ende sagen, auch meine Lohnarbeit ist eine Art Grundeinkommen. Ich kann nicht alle Sachen, die mit einem Geldbetrag verknüpft sind als eine Art Grundeinkommen bezeichnen, da entferne ich mich ja völlig vom Gegenstand. Die andere Sache ist, dass ich auch nicht glaube, dass dieses Bildermafen – was passiert wenn – nicht wirklich funktioniert. Deins, Markus, war jetzt auch relativ komplex in die Zukunft schauen. Ich drehe es mal rum, in 20 Jahren gibt es eine Regierung, die führt ein Grundeinkommen ein, danach finden die Leute die Regierung doof und wählen nach einer Legislaturperiode, also 4 weiteren Jahren, eine Regierung, die total schlimm ist und schlimme Sachen macht. Ja, man kann jetzt auch befürchten, dass Leute immer Regierungen wählen, die schlecht sind, wir haben ja grad auch eine, die haben die Leute auch gewählt. Das ist in der Tat nicht erfreulich. Was das jetzt allerdings konkret mit dem Grundeinkommen zu tun hat, erschließt sich mir nicht. Das sind einfach irgendwie diffuse Ängste, die passieren, andere Leute könnten irgendwas nehmen und dann schlimme Dinge anstellen, die nicht begründbar sind. Ich meine, ich kann auch einen Imbiss aufmachen und dann befürchten, dass in 30 Jahren Leute kommen, sich dort ein Messer schnappen und dann eine Gewaltherrschaft errichten. Das ist schwierig.“

„Ich möchte versuchen, den Aspekt hervorzuheben, das bedingungslose Grundeinkommen mit der Strategiedebatte zu verbinden, was ja das eigentlich Spannende ist. Egal ob realistisch oder nicht realistisch, ich finde, es greift zu kurz, denn wenn wir über die weite Idee des Sozialismus diskutieren, können wir jetzt auch nicht sagen, das ist heute realistisch, sondern es ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Deswegen möchte ich bei den Gemeinsamkeiten starten, die ich bei sowohl Ralf Krämer und auch bei Katja Kipping sehe, über die Gemeinsamkeit der Analyse

der Verwerfung, die in diesem kapitalistischen System existieren, von Ausbeutung, Unterdrückung, Frauenfeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit, kriegerischen Verwerfungen. Ich denke, da müssen wir über den Kapitalismus reden und sagen, das ist verbunden mit diesem System. Von daher ist die Strategiedebatte für mich verbunden mit der Debatte über das kapitalistische System, wie können wir das überwinden und wie können wir da auch die Kräfteverhältnisse verändern, und wer hat innerhalb der Gesellschaft die Kraft, dieses barbarische System zu überwinden und inwiefern kann das bedingungslose Grundeinkommen dann Hilfe sein. Ich finde bei der zentralen Frage der Kräfteverhältnisse steht für mich als Sozialistin, als Marxistin, der Konflikt von Kapital und Arbeit immer noch als zentraler. Einerseits, dass der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit Verursacher ist für die Verwerfung, die wir hier sehen, und andererseits, dass aber jetzt nicht nur die Verursacher, sondern gleichzeitig diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, auch potenziell die Möglichkeit haben, dieses gesellschaftliche System zu überwinden. Deswegen ist Sozialismus für uns keine Vision, die wir uns zaubern, sondern es ist eine gesellschaftliche Chance und Notwendigkeit. Heißt das jetzt, dass automatisch Kämpfe stattfinden? Da finde ich, kommt das bedingungslose Grundeinkommen auf die Tagesordnung. Zu sagen, mit Hilfe des bedingungslosen Grundeinkommens wäre es eine Chance, dass Arbeit und Gewerkschaften aus der Defensive heraus kommen und dass wir dann eine andere Gesellschaft erreichen können. Da hab ich ein Problem damit. Ich glaube, wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wieso es nicht zu Kämpfen kam. Es ist eine Schande, dass wir die Agenda 2010 haben, es ist eine Schande, dass wir Hartz IV haben. Die Montagsdemonstrationen waren damals großartig. Dass DGB und Gewerkschaft nicht aufgerufen haben, das war eine Schande. Deswegen sitzen wir in diesem Schlamassel. Ich sehe nur als Problem beim bedingungslosen Grundeinkommen, dass sozusagen das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird und die These, die sich dahinter verbirgt: Abschied vom Proletaria, Abschied von der Bedeutung von gewerkschaftlichen Kämpfen.

Ich glaube wir haben tatsächlich ein Problem, dass die Gewerkschaften nicht kämpfen. Aber wir haben doch die Kraft, die Gesellschaft zu verändern. Ich bin Mitglied in der WASG damals geworden, weil ich gesehen hab, dass die Sozialdemokratie einen zu großen ideologischen Griff auf die Gewerkschaften hat. Das

war das Problem, warum sie unter Schröder nicht gekämpft haben. Ich glaube, dass es Aufgabe der LINKEN ist, ihre revolutionäre Stimme innerhalb der Gewerkschaften zu stärken und dass wir die Trennung zwischen Politik und Ökonomie überwinden müssen. DIE LINKE muss sich in ökonomische Fragen einmischen, eben um revolutionäre Politik innerhalb der Gewerkschaft zu machen. Keine Gegenüberstellung von antikapitalistischen Kämpfen und Gewerkschaftskämpfen, sondern eine gegenseitige Befruchtung ohne Radikalisierung. Und letztendlich festhalten an dem Ziel, dass Sozialismus von unten, der über Kämpfe und ideologische Veränderungen erreichbar ist.“

„Markus, stell dir mal vor, ein Sozialdemokrat gewinnt die Wahl mit 52 Prozent, der Michael Sommer. Er hat vorher alle Erwerbsarbeit ökologisch orientiert und ausgeweitet in der gesamten Gesellschaft, dass alles über Erwerbsarbeit geregelt wird und die nächste Wahl gewinnt ein radikal unökonomischer Mensch, eine unökologische Partei baut alles in die Erwerbsarbeit ein, was unsere Naturressourcen noch mehr zu Schanden macht. Merkst du was? Das sind Gedankenspiele. Das sind Gedankenspiele, die in der Diskussion einfach nicht weiter helfen. Eine Gewerkschaft ohne Vision, die nur Realpolitik betreibt, wie du es beschrieben hast, wird eine Marionette des kapitalistischen Systems sein und ist sie auch. Ihr habt in euren Mitstreiter als Sozialdemokrat einen hervorragenden Vordenker gehabt, Oskar Liegt, der sich bis jetzt zum Grundeinkommen bekennt. Diskutiert wieder mit ihm, er ist nicht zu alt, um nicht zu wissen, dass Gewerkschaften sich radikal umorientieren müssen. Es geht nicht nur um die Fixierung auf das Lohnarbeitsverhältnis. Ihr müsst drüber hinaus denken, das ist meine große Bitte. Jetzt noch ein Thema zu Gewerkschaften ganz konkret. Ihr kennt die IG Metall mit ihrer Befragung, wo das bedingungslose Grundeinkommen ein Top-Thema war. Leider fand es in der Auswertung in der Metallführung nicht mehr statt. Die IG-Metall-Mitglieder, die ich kennen lerne in meinen Seminaren, sagen, wir diskutieren drüber, pro und kontra, wir wollen eine breite Debatte. Und deswegen lieber Markus, habe ich auch den Gewerkschaft Dialog Grundeinkommen unterstützt und sage, er muss in die Gewerkschaft hinein getragen werden, weil einige Gewerkschaftsfunktionäre es eben nicht verstehen und einige andere diese Diskussion trotzdem umgehen. Deswegen sag ich, Schulter an Schulter, mit Differenzen umgehen und ein bisschen mehr vorwärts diskutieren, dann werden wir auch die Menschen mitreißen, sonst nicht.“

Markus Schlimbach Sie haben die Frage angesprochen, ob es realistisch ist, meine Gedankenspiele zu meiden. Aber ich muss mal sagen, auch das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Gedankenspiel. Insofern können wir uns auf dieser Ebene durchaus auch gleichartig die Bälle zuwerfen. Wenn man eine Vision erarbeitet, muss man auch darüber nachdenken, was passiert, wie kann diese Vision so fest werden, dass sie eine Vision wird, die durchsetzbar ist. Aber im Moment, und das ist doch der Punkt, wo wir sind, ist die Vision nicht durchsetzbar. Ich glaube - und das ist der Punkt, den ich jetzt nicht genannt hab - nach wie vor daran, dass wir Vollbeschäftigung erreichen können. Vollbeschäftigung sicher nicht unter den Bedingungen wie sie heute ist, aber Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung, das bleibt als gewerkschaftliches Thema auf jeden Fall vorhanden und auch die anderen Themen wie Ausfransen der Arbeitswelt. Wir haben jetzt als Gewerkschaft als Schwerpunktthema für den kommenden Herbst und für die nächste Bundestagswahl eine neue Ordnung Arbeitsmarkt. Da wollen wir die Parteien dazu drängen, dass sie für die nächste Bundestagswahlperiode Regeln einführen, Minijobs zu verhindern, um Leiharbeit ordentlich zu bezahlen, möglichst auch abzuschaffen, Werkverträge verhindern. Das sind alles die Themen, die jetzt gelöst werden müssen. Von daher denk ich, es geht um das, was wir jetzt verändern können. Da gibt es ganz viele Aufgaben. Die Diskussion um Dinge, die in Zukunft stattfinden, können wir doch führen, das ist doch jetzt nicht das Thema, aber und das ist meine Bitte, auch das muss man deutlich spüren und nicht nur die Hoffnung, die man da reinsetzt, dass wirklich alles besser werden würde durch das bedingungslose Grundeinkommen, denn jede andere Frage, wo man Problembeschreibungen dann plötzlich zurück weisen und zu sagen, aber das ist doch mit unserem Modell nicht gemeint.

Katja Kipping Ich finde, Markus Schlimbach hat Recht. Die BILD-Zeitung ist ein Problem, sowohl für die Grundeinkommens-Befürworter aber auch für die Gewerkschaften. Es gab ja schon Situationen, wo die BILD-Zeitung zu Gewerkschaftsdissing aufgerufen hat. Die Frage ist, wie gehen wir damit um? Also entweder wir sagen OK, wenn wir jemals ein Regierungsprogramm für die Bundesebene schreiben, ist die Enteignung der BILD-Zeitung ein Sofortprogramm. Das wäre eine Variante. Oder aber wir sagen, wir meinen es sehr ernst mit der Pressefreiheit

und können das deswegen nicht machen. Aber wir sehen als LINKE und auch als gesellschaftliche Linke unsere Aufgabe dahin, dass wir intellektuell wehrhaft werden gegen Kampagnen, die von der BILD-Zeitung gesteuert werden. Ich glaube, das ist ein ganz zentraler Weg. Da sind wir gefragt mit allen Debatten, die wir machen. Wir müssen deutlich machen, wir lassen uns nicht von den Hetzkampagnen der BILD-Zeitung vereinnahmen, wir tragen die auch nicht weiter fort, auch nicht abgemilderter Form und werden dagegen wehrhaft. Ich glaube, das ist ein wichtiges Vorhaben, nicht nur, wenn man das Grundeinkommen durchbringen will. Weil du jetzt das Bild mit der Bundeskanzlerin an die Wand geworfen hast, da muss ich das noch mal klar stellen: Im Sinne meines Rechts als Abgeordnete hatte ich jetzt nicht vor, Bundeskanzlerkandidatin zu werden, ich glaube auch nicht, dass das der richtige Weg ist, um ein Grundeinkommen einzuführen, zumal es da noch mit Stellen in unserem Wahlprogramm ein Problem gäbe, sondern ich glaube – aber das ist jetzt unabhängig von unseren internen Auseinandersetzungen – das ist ein so starker Kulturbruch, das wird nicht über eine Partei per Gesetz sofort eingeführt werden. Wenn man sowas etablieren möchte, wird es am Ende einen bundesweiten, ja einen europa-weiten Volksentscheid dafür geben müssen. Ich finde, das ist auch der richtige Weg. Das muss in der Bevölkerung eine Mehrheit finden und wenn sich das dann abzeichnet, dass es dafür eine Mehrheit gibt, dann wird man sich auch drauf verlassen können. Aber wie gesagt, mein Plädoyer ist jetzt nicht, dass wir nicht unbedingt ins Bundeskanzleramt einziehen müssen als LINKE, um das durchzusetzen, sondern wir sollten das Mögliche durchsetzen.

Ralf Krämer Zwei Sachen kurz, ich denke, dass Hartz IV weg muss und alles, was damit zusammen hängt. Das ist ,denke ich, Konsens. Und zweitens brauchen wir dafür kein bedingungsloses Grundeinkommen. Unser Konzept einer bedarfsdeckenden inflationsfreien Mindestsicherung soll ja genau das auch gewährleisten und ist eben viel realistischer. Zweiter Punkt: Dass die Löhne nicht wegen den Bedürfnissen im engeren Sinne, aber mit den Reproduktionskosten der Arbeitskraft was zu tun haben, ist nun keine schwere Vorstellung, sondern die hat Karl-Friedrich Zais in seinen Bänden ziemlich ausführlich erläutert. Es ist vielleicht auch nicht ganz so einfach, aber das hat schon was damit zu tun, wie die Kosten sozusagen die Reproduktion sind.

Und dass Managerlöhne natürlich keine Löhne sind, sondern vom Profitanteil umverteilt werden zugunsten von Leuten, die sozusagen Kapitalistenfunktion im Auftrag aufnehmen, das ist, glaub ich, auch kein hinreichendes Gegenargument. Im Endeffekt geht es eigentlich um die Frage, wie betrachten wir diese Gesellschaft, wie analysieren wir diesen Kapitalismus, was denken die, die da funktionieren? Wenn Katja Kipping von der stärkeren Lobby der Arbeitgeber geredet hat, dann ist das eher eine gewisse Verharmlosung, weil die gesellschaftliche und ökonomische Herrschaft des Kapitals beruht zunächst mal darauf. Sie haben die Verfügung über die Produktionsmittel, über die Arbeitsplätze, über die Investitionen, über die Produktion. Daraus resultiert alles Mögliche, und man muss sich die Frage stellen, welche Kräfte gibt es in der Gesellschaft, die überhaupt dem was entgegen setzen können? Da kann man nicht nur auf der politischen Ebene bleiben und nach Mehrheiten suchen. Ich würde die These wagen, wenn wir schon bei den Gedankenspielen sind, selbst wenn es eine Mehrheit für die Grundeinkommensbefürwortenden Parteien gäbe, würde es in dieser Republik kein Grundeinkommen geben, weil es einfach nicht gehen würde. Es wäre nicht machbar, da bin ich fest von überzeugt, darum wollte ich da gar nicht gegen kämpfen. Das Problem ist, dass es, wenn es überhaupt in eine Richtung gehen würde, hinterher viel grausamer ist als vorher. Das ist eben ablenkend von den realen Kämpfen. Es geht um Interessen, wie funktioniert der Kapitalismus und welche Kräfte und welche Interessen gibt es da, und was ist da an Kämpfen zu organisieren. Da spielen die Gewerkschaften eine zentrale Rolle und sind ja auch nicht irgendein Hobbyverein, sondern da ist ja der Anspruch, jeder Beschäftigte und jeder hat die Möglichkeit Mitglied in der Gewerkschaft zu sein. Das ist Selbstorganisation der Beschäftigten. Da geht's auch nicht nur darum, dass irgendwelche Gewerkschaftsführungen irgendwo aufrufen, sondern es geht darum, dass die Leute dann auch machen, und ob sie selber sich bewegen, und da ist natürlich irgendwie unser Problem. In der realen gewerkschaftlichen Praxis spielt das BGE keine Rolle, weil es dafür keine Kämpfe gibt, dafür lassen sich keine Kämpfe organisieren und mobilisieren, sondern die finden eben für gute Arbeit, für Löhne usw. statt. Da sind eben auch Kräfte zu mobilisieren, die wirklich Kapital entgegen setzen können. Klassenkampf heisst das.

Stefan Wolf Ich möchte vielleicht noch mal auf einen Aspekt hinweisen, dass eigentlich in den meisten Punkten die Unterschiede zwischen der BAG Grundeinkommen und der Grundeinkommensbefürworter und den gewerkschaftlichen Positionen gar nicht so vorhanden sind. Die werden immer nur künstlich in solchen Debatten produziert. Wir vertreten fast alle Positionen genauso. Es gibt nur einen kleinen Unterschied. Wir wollen neben den üblichen Forderungen wie gesetzlicher Mindestlohn, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Überwindung des Warencharakters der Arbeit, Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse usw. eben noch ein weiteres Projekt umsetzen, nämlich das bedingungslose Grundeinkommen, das eben noch mal ein Schritt weiter geht als diese anderen Projekte. Das bedingungslose Grundeinkommen würde den Menschen die freie Verfügungsgewalt über die Lebensgestaltung und auch die Wahl der Tätigkeit geben. Der Glaubenssatz der Grundeinkommensbefürworter begünstigt aus unserer Sicht die Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, weil es in die richtige Richtung geht. Es macht eben auch viele Tätigkeiten, die nicht zumutbar sind, vollkommen überflüssig, weil die Menschen diese Tätigkeiten nicht mehr machen würden, und es würde sich auch entsprechend was positiv entwickeln. Ich sehe auch keinen Widerspruch zwischen Grundeinkommen und Vollbeschäftigung. Warum sollte es mit bedingungslosem Grundeinkommen keine Vollbeschäftigung geben? Sie wäre nur anders geartet als ohne bedingungsloses Grundeinkommen. Gleichzeitig finde ich es immer sehr schade, dass in solchen Debatten von einem sehr pessimistischen Standpunkt argumentiert wird, in die Richtung, sobald es ein Grundeinkommen gibt, werden die Menschen alle total irrational und machen ganz komische Dinge. Z.B. wenn die Frauen jetzt alle die volle ökonomische Unabhängigkeit haben und frei über jeden bestimmen können, dann würden die auf einmal alle daheim bleiben, weil es ja ein Grundeinkommen gibt. Es nimmt den Frauen den Willen ab, sich beruflich selbst zu betätigen und weiter zu entwickeln, sondern die Frauen, die würden dann alle auf einmal keine Lust mehr auf Erwerbsarbeit haben. Das halte ich für totalen Unsinn. Wenn es ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle gibt, und die soziale Sicherheit dadurch deutlich verbessert ist, warum soll dann sich auf einmal die breite Mehrheit der Bevölkerung über den Tisch ziehen lassen und sich alle sozialen Leistungen ins Bodenlose zusammen streichen lassen? Warum soll es da keinen Wider-

stand geben? Das ist für mich vollkommen unlogisch. Die gleichen Probleme, die es gibt, wenn wir ein Mindestgrundeinkommensprojekt setzen, gäbe es bei jedem anderen linken Projekt auch und die gleichen Abwehrkämpfe müssen geführt werden. Ich sehe keinerlei Anlass dazu, zu behaupten, mit dem Grundeinkommen würde alles viel schlimmer und die Kapitalseite würde viel mächtiger. Das ist einfach spekulativ. Und ich würde eben einfach ganz gerne die Debatten wieder ein bisschen mehr versachlichen und solche spekulativen Ansätze einfach aus der Diskussion raushalten, denn das ist alles wirklich wissenschaftlich durch nichts belegt.

Aus der Debatte

„Mein erster Gedanke war vorhin, hier spielt die geschichtliche Entwicklung überhaupt keine Rolle. Gewerkschaften waren ja nun nicht schon immer da in der Menschheitsgeschichte, die sind irgendwann unter ganz bestimmten Bedingungen im 19. Jh entstanden. So und genauso, als wir unsere Umbruchphase jetzt hier im Osten hatten, Ende der 80er Jahre, in der wir vielleicht mehr als der Westen mitgekriegt haben, dass etwas entstehen kann und wieder vergehen kann, genauso kann, was die Strukturen beispielsweise der gewerkschaftlichen Aufgaben betrifft, irgendwas wieder neu entstehen. Was mich vorhin geärgert hat, als Markus Schlimbach gesagt hat, wir brauchen die Arbeitslosen und wir brauchen die Lohnabhängigen, damit wir unsere Gewerkschaftsarbeit machen können. Aber daraus kann man natürlich auch ableiten, die Gewerkschaften brauchen sich, weil es diese Arbeitslosen gibt. Wir sind doch eigentlich auf dem Weg, dass wir eigentlich sowas abschaffen wollen. Wenn wir sowas abschaffen wollen, dann sind doch neue Gedanken gefragt, sprich auch bedingungsloses Grundeinkommen. Bei mir heißt bedingungsloses Grundeinkommen Einkommen für alle, nicht in Strukturen, wo wieder alles zerschnippelt wird, sondern da werden Leute gebraucht, die über irgendwas entscheiden, und wieder Geld gebraucht, um die dann zu bezahlen, wo man eigentlich dieses Geld einfließen lassen könnte mit in dieses Einkommen. Ich halt mich jetzt hier raus. Ich will bloß am Rande sagen, ich bin aus dem Osten, ich bin seit 1990 selbstständig in der Werbebranche, ich bin durch den Dauerstress über 20 Jahre sehr schwer krank geworden, bin jetzt arbeitslos, habe durch das Arbeitslosengeld erstmalig ein regelmäßiges Einkommen und keine Angst mehr, dass ich meine

Krankenkasse nicht bezahlen kann, so und habe vor vielen Jahren dieses erste Projekt von Götz Werner kennen gelernt. Ich kenne Namibia sehr genau, auch dieses Projekt, von dem Katja Kipping gesprochen hat. Wenn ich das hier so höre, dass das in sogenannten entwickelten Ländern nicht passieren kann, was eigentlich passieren müsste ... Das ist für uns alle eigentlich die einzige vernünftige Chance, um zu überleben, was die globalen Strukturen anbetrifft..“

„Mich treibt ein bisschen um, dass in der Debatte hier die Grundrechte überhaupt nicht erwähnt worden sind. Gerade im Hinblick auf die Spekulation, wie es denn kommen wird, woran man dann drehen könnte, wenn es eingeführt wird. Wir haben ja jetzt schon die Situation, dass der Kampf gegen Hartz IV eigentlich von den Betroffenen geführt wird, und nicht von der Politik, von den Betroffenen eben in Rechtsstreitigkeiten. Ich bin der festen Überzeugung, dass es, wenn es einmal eingeführt worden ist, sich nicht einfach so zurück drehen lässt, auch mit dem politischen Willen. Weil wenn wir im Endeffekt zwei rausstellen, das eine ist die soziokulturelle Teilhabe und das andere sind Sanktionsmöglichkeiten. In all den Beziehungen muss ich sagen, wenn das einmal gerichtsfest ist und von der Politik in ein Gesetz gegossen worden ist, lässt sich das eben auch aufgrund des Sozialstaatsgebotes und aufgrund von Grundrechten, die freie Arbeitsplatzwahl usw. nicht so einfach zurück nehmen. Wenn einmal ein Betrag festgesetzt worden ist als soziokulturelle Armutsgrenze, dann kann die Politik nicht mehr sagen, wir setzen das jetzt weiter runter. Das kommt mir hier in der ganzen Debatte zu kurz.“

„Was mir manchmal ein bisschen zu kurz kommt ist der globale Blick. Wir haben auf der Welt in jeder Sekunde einen Menschen, der an Hunger oder an schlechtem oder unzureichendem Wasser stirbt. Diesen Blick würde ich gern noch mal aufmachen. Und eine andere Sache, wie ist denn das mit den Schlupflöchern der Reichen, denn das funktioniert ja nur, wenn wir auch die Reichen besteuern, wohin gehen die denn, wenn die besteuert werden?“

„Kurze Erläuterung, weil jemand die Frage angesprochen hat, dass es den Verdacht gäbe, dass dann ein Teil nicht arbeitet, wenn Deutschland BGE hätte. Markus Schlimbach hat das nicht gesagt und ich kenne auch keinen Gewerkschaftsfunktionär, der mit der Annahme rumhantiert. Deswegen gehe ich doch noch mal ganz

kurz auf die eine Passage zurück in seinem Einleitungsbeitrag, wo er die Verfassung zitiert hat. Auch August Bebel hat es umgemünzt formuliert, in der Bibel steht es auch drin. Der Punkt ist doch der, es stand letzten Endes in allen drei Zusammenhängen: Soziale Gerechtigkeit wird angestrebt und sie haben damit insbesondere Großgrundbesitzer, welche diese nicht fördern, gemeint, die nicht essen sollen, wenn sie nicht arbeiten. Vielleicht hat man ja auch an der einen oder anderen Stelle an „Lumpenproletariat“ gedacht, aber erst mal nicht als ein Disziplinierungsinstrument verstanden, so wie es heute gelegentlich angesprochen wird. Warum ich eben hab die ganzen Passagen aufgegriffen? Ich sag das ganz emotional, man soll auch vermeiden, dass Assoziationen entstehen, sonst entstehen Missverständnisse. Die Frage ist die, warum ist dieses Thema von der Künstlerecke in weite Teilen der Gesellschaft vorgerückt? Dann ist es Frage der Massenarbeitslosigkeit als gesellschaftlicher Skandal. Die Ursachen von Arbeitslosigkeit sind nie technische Gründe, es gibt keine technische Arbeitslosigkeit, sondern es sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, weil in der Gesellschaft nur dann Arbeit gekauft und produziert wird im global-wirtschaftlichen Sektor, wenn damit Profit gemacht werden kann. Das ist der entscheidende Punkt. Damit muss man sich auseinander setzen und deswegen ist all das, was Ralf Krämer angesprochen hat, das Programm „Gute Arbeit“ nämlich die Frage von aktiver Beschäftigungspolitik, nicht im Sinne von ABM, und die Frage der Eingliederung wirtschaftsdemokratischer Gleichheit.

Der Punkt ist grundsätzlich sehr sympathisch. Allerdings ist es eben der 3. Schritt vor dem 1. Und der 3. Schritt vor dem 1. ist vollkommen ohne Sinn, dass in einer Knappheitsökonomie es ein vernünftiger Verteilungsgrundsatz ist, jeder nach seinen Leistungen und Fähigkeiten. Diejenigen, die objektiv nicht arbeiten können, sind natürlich sozial gesichert. Jeder nach seinen Leistungen und Fähigkeiten. Das ist ein sozialistisches Verteilungsprinzip und das ist die Frage, wie man auch gesellschaftliche Probleme lösen kann in der Zukunft. Und deswegen, was mir fehlt in der Diskussion ist die Durchsetzungsdebatte, die geführt werden muss, gib doch mal eine Antwort auf die Frage, was die Unternehmerverbände tun, wenn die merken, das ist ein trojanisches Pferd, das sich eingeschleust hat.“

„Es gab beim DGB vor ein paar Jahren eine Kampagne, her mit dem schönen Leben. Das fand ich ganz gut, da ging's um Übernah-

me, da ging's um gute Ausbildungsvergütung und auch um gute Ausbildung. Wir machen uns hier ein bisschen was vor. Wir sind doch im tiefsten Raubtierkapitalismus und das bedeutet eigentlich für mich, dass wir darüber nachdenken müssen, wie können wir denn da überhaupt erst mal rauskommen, dass der Mensch wieder mal eine Rolle spielt in dieser Gesellschaft. Das ist der 1. Punkt, den ich sagen möchte. Und der 2. Punkt, die Frage vielleicht auch, Katja kannst du mir die beantworten, ist der Mensch in der Gesellschaft schon soweit für ein bedingungsloses Grundeinkommen? Die nächste Frage, die ich noch habe ist, wenn bei mir eine Frau mit 2,50 Euro Stundenlohn kommt, und ich ihr sage, warte mal auf das bedingungslose Grundeinkommen. Dann sagt die natürlich, so nicht, ich möchte jetzt Hilfe bekommen. Ich will damit sagen, dass es viele Unternehmer gibt, gerade im KMU-Bereich, die einfach ihre Löhne so nicht zahlen wollen, weil die sagen zu den Leuten, du holst dir den Rest vom Amt und ich kann dir nur 2,50 Euro zahlen. Da denke ich, solltet ihr ansetzen, weil es ja auch die Kritik gibt, dass das bedingungslose Grundeinkommen ein enorm großes Kombilohnmodell ist.“

„Zu dem Einwand, warum soll man denn denen, die viel haben, auch noch ein Grundeinkommen geben? Nach allen Finanzierungsmodellen ist es das obere Drittel, was unterm Strich zahlt. Das ist also ein Umverteilungsprogramm, was sehr viel umverteiler ist, als jegliches Arbeitsbeschaffungsprogramm, was man sich so vorstellt oder was man kennt aus der Vergangenheit. Das wäre übrigens auch so, wenn wir die Finanzierung aus Ökosteuern machen, denn dann würden die, die viel konsumieren – ökologisch ja nicht völlig unproblematisch – zum größten Teil dazu beitragen. Auch das wäre ein Umverteilungsprogramm, denn das ist das reichere Drittel, was am meisten konsumiert.“

„Hier wurde es so schön „Raubtierkapitalismus“ benannt.. Wie wollt ihr das verändern, wenn das bedingungslose Grundeinkommen da ist, dass ein Haarschnitt plötzlich 20 Euro kostet. Ich meine, die Wirtschaft gestaltet die Preise. Wie wollt ihr das finanzieren, dass die 1500 Euro die ihr fordert, für Dinge reichen, deren Preise in Zukunft 500 Euro betragen, die heute vielleicht bei 200 Euro liegen, weil die Preise explodieren? Also die Wirtschaft macht weiter.“

„Ich möchte mich auf einen Redner beziehen. Da hieß es, dass

durch die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens eine Absenkung der Arbeitslosenzahl und demnach Vollbeschäftigung einsetzt. Ich sage, dass es eigentlich umgekehrt ist. Ich trete für das Grundeinkommen ein und behaupte angesichts der Automatisierung der Wirtschaft, dass das Grundeinkommen wichtiger als Vollbeschäftigung ist. Ich möchte noch einwenden, die Zahlen oder die geleisteten Stunden, die legen ja sozusagen um, und dass die geleisteten Stunden in den Industrie auch auf eine Steigerung der Produktion zurück geht. Das ist eine Tatsache. Auch Dienstleistungen oder andere Tätigkeiten auffüllen, abgesehen davon dass es sowieso nicht meiner Meinung nach funktioniert, weil Dienstleistung ja aus dem Mehrwert der Arbeit finanziert werden muss und wenn diese zurück gehen, geht der Lohn zurück. Dann gibt es noch einen anderen Aspekt, und zwar Erwerbsarbeit wird ja gemacht zum Zwecke des Erwerbs, d.h. also Erwerbsarbeit ist eine zweckrationale Tätigkeit und die Zweckrationalität drückt sich aus in Zeitrationalität und in Effizienzsteigerung. Ich halte die Perspektive der Zeitrationalität für Kulturarbeit und Pflegearbeit, für Bedürftige, für Erziehung und Bildungsarbeit usw. für eine ziemlich düstere Perspektive. Diese Zweckrationalität kann man leider nur dadurch aufheben, indem man diese Äquivalenzen, die in diesem Lohn und der Leistung sozusagen stecken, aufricht. Im Grunde kommen die dazu, eben diese Äquivalenzen aufzugeben, dass man zeitlos und voller Hingabe der Tätigkeit einer Pflege, einer Wissenschaft oder eine Kulturarbeit, sich widmen kann. Da steckt auch dahinter, dass diese Arbeit oder dieser Art von Tätigkeit ein Sinn gegeben wird, was in der Lohnarbeit so nicht vorhanden ist.“

Abschlussrunde

Stefan Wolf Vielleicht flechten wir ganz kurz mal auch den internationalen Aspekt noch ein, wobei das jetzt eine Diskussion ist, die jetzt aus Zeitgründen nicht führbar ist, aber wichtig. Das Problem der Steuerflucht ist natürlich beim bedingungslosen Grundeinkommen ein sehr großes Problem, dass sich definitiv nur auf internationaler Ebene lösen lässt, nicht auf nationaler. Da muss dringend was passieren. Gleichzeitig verweise ich aber immer auch drauf, dass nicht das ganze Kapital abwandern kann, sondern es auch viele Dinge gibt, die definitiv im Land bleiben würden. Die Immobilien z.B., die werden in diesem Land besteuert, lassen sich nicht mal schnell alle ins Ausland verlagern,

sonst müssten ja alle Menschen mit umziehen. Genauso ist es so, dass sich auch viele Dienstleistungen nicht ins Ausland verlagern lassen. Ein Kranker oder Pflegebedürftiger kann nicht jedes Mal schnell nach Afrika geschippert werden, um dort von Arbeitssklaven zu Hungerlöhnen behandelt zu werden. Auch wird wahrscheinlich kaum jemand mal schnell ständig ins Ausland fahren. Zum Grundeinkommen allgemein und zur Partei die Linke nicht nur eine Anlage noch ergeben, ich diskutiere eben auch nicht nur in linken Kreisen über das Grundeinkommen, sondern eben auch sehr viel in bürgerlichen Kreisen und in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen. Und ich stelle seit Jahren fest, dass egal in welchen Kreisen man sich bewegt, sehr viel über das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert wird und es auch in vielen Gruppierungen es auch schon eine Mehrheit dafür gibt. Und ich sage, das wage ich jetzt mal als Behauptung, das ist nur eine Frage der Zeit bis es eine gesellschaftliche Mehrheit für das bedingungslose Grundeinkommen gibt. Und es wird die Linke nur vor 2 Optionen gestellt werden. Entweder sie mischt in dieser Diskussion aktiv mit und bietet ein linkes Konzept für bedingungsloses Grundeinkommen, oder sie lässt sich von bürgerlichen Kreisen überrollen und lässt sich ein bürgerliches Grundeinkommen aufdrücken. Die beiden Möglichkeiten gibt's. und die Linke sollte sich definitiv darauf vorbereiten und für diese Debatten rüsten.

Ralf Krämer Ja, natürlich haben wir auch beschlossen, wir diskutieren das, und soweit ist die Linke auch in all diesen Diskussionen präsent, aber muss sich dann auch gefallen lassen, dass da Bedenken vorgetragen werden, dass es keine Mehrheit hat in der LINKEN. Ich würde eine Gegenthese aufstellen, wenn die LINKE sich auf dieses Konzept beschlussmäßig fixieren würde, wäre das das Ende. Als Partei in der Form wie sie jetzt ist, sind wesentliche Teile der Ausrichtungen einfach nicht mehr vertretbar, die unterstützt man nicht mehr selber, während das Konzept einfach nicht passt.

Ich will international weiter machen. Namibia, wenn ich das richtig weiß umgeht dieses Konzept oder eigentlich alle Grundprobleme deshalb, weil sich auf ein kleines Dorf bezieht. Das wird im Kern durch Spenden aus dem reichen Ausland finanziert. Wenn wir ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland einführen wollen, gibt es keine Spende aus dem reichen Ausland, dies muss selbst finanziert werden. Es gibt da letzten

Endes keine Interessen dafür, weil ganz objektiv betrachtet, es geht mir nicht um paar Millionäre, es geht mir darum, dass für die deutliche Mehrheit der Bevölkerung es einfach so wäre, sie würden auf der einen Seite 1000 Euro kriegen, auf der anderen Seite würden sie aber irgendwie erhöhte Steuer 1000 Euro wieder rausgezogen kriegen, um das zu finanzieren. Wer dabei genau Gewinner und Verlierer ist, ist sehr sehr zweifelhaft.

Ich glaube, die These ist nicht aus der Luft gegriffen, dass die Mehrheit derjenigen, die tatsächlich Erwerbsarbeit machen, eher die Verlierer sein werden. Es gibt diese Kombilohnproblematik, die angesprochen worden ist. Man muss vom Kapitalismus ausgehen, der beruht auf Profit. Es gibt die Profitrate, also einen steuernden Mechanismus der kapitalistischen Produktion, es gibt überhaupt keinen Mechanismus, mit dem die Ansprüche des Kapitals begrenzt werden, die setzen sich ja im Umsatz in anderer Konkurrenz durch. Aus meiner Sicht besteht ein großes Risiko, das die Einkommensverteilung noch weit ungerechter würde.

Letzter Punkt: Ja, ich bin auch dafür, die Leute sollen alle, wenns geht, die Möglichkeit haben und sich auch real beteiligen an anderen Arbeiten außerhalb der Erwerbsarbeit. Ich will aber, dass alle Menschen sich sowohl an der Erwerbsarbeit beteiligen als auch an den Arbeit außerhalb betätigen. Zumindest beteiligen können, also soweit ist das Ziel von Vollbeschäftigung, oder zumindest von einer wesentlich reduzierten Arbeitslosigkeit. Und das ist auch nicht völlig unrealistisch. Es ist faktisch so, dass je mehr Leute sich an der Erwerbsarbeit beteiligen oder je mehr sie verteilt wird, desto kürzer kann sie sein. Und desto mehr Zeit haben alle, sich auch der Tätigkeit außerhalb der Erwerbsarbeit zu widmen. Das ist meine Perspektive.

Katja Kipping Eine Fachfrage war, was tun wir gegen Inflation. Also zum einen geht es darum, die Sozialleistung muss jährlich angepasst werden, das ist ja heute auch bei Hartz IV der Fall. Und z.B. beim Thema Strom, Strompreise kann man auch wieder eine staatliche Strompreisaufsicht einführen, die einschreitet, wenn eine Monopolstellung ausgenutzt wird. Zwischen den Läden, die Butter verkaufen, das gibt's natürlich, es ist eben ein Wettbewerb. Man wird ja nicht in dem Laden einkaufen, wo das Stück Butter 20 Euro kostet, wenn es nebenan für 2 Euro verkauft wird. Wenn es geheime Preisabsprachen gibt zwischen den Läden, dann müssen eben staatliche Kartellämter dazwi-

schen gehen. Das ist ein Problem, was sich heute genauso stellt. Ist der Mensch schon so weit, wurde gefragt. Ich würde die gern zurück geben, das kann sich ja jeder für sich selber fragen, oder ich frage euch, welche der gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten, denen ihr heute nachgeht, würdet ihr einstellen, wenn ihr ein Grundeinkommen bekommt. Manche sagen, ich würde ein bisschen weniger arbeiten, wobei ich sage, vielleicht ist das gesellschaftlich sogar hilfreich, da wir dann nämlich weniger Stresserfahrung haben und Arbeitszeitverkürzung und dadurch Erwerbsarbeit besser umverteilen können. Letztlich, ob jetzt der innere Schweinehund oder der Drang, sich einzubringen, beim Menschen ausschlaggebend ist, entscheidet man wirklich über die Stellschraube materielle Existenzangst, oder ist das nicht eher eine Frage, was bekommt von Kindheit an Bildungssystem im Elternhaus mit? Abschließend soll man den Leuten, die kommen sagen, warte mal auf das bedingungslose Grundeinkommen? Nein, natürlich nicht, das kann ich auch nicht den Leuten sagen, die sich bei mir im Wahlkreisbüro melden mit ganz schlimmen Sachen, die sie erleben. Aber ich kann ihnen genauso wenig sagen, warte mal bis wir die Vollbeschäftigung haben. Also beides funktioniert nicht. Das ist vielleicht auch eine Lehre aus dem real existiert habenden Sozialismus. Wir können nicht sagen, wir wollen, wenn wir eine bessere Gesellschaft erreichen wollen, durch ein Tal der Tränen gehen.

Nein, schon der erste Schritt in Richtung einer anderen Gesellschaft muss ein deutliches Mehr an Lebensgenuss für die Menschen zur Folge haben. Und das müssen wir auch ausstrahlen und ich finde das liegt genau die Stärke des Grundeinkommens. Es knüpft hier und heute an. Man kann ja nicht sagen, ich mache nur Abwehrkämpfe. Da wäre meine Frage jetzt in Richtung Gewerkschaften, wie eure Erfahrung ist: Mit den Abwehrkämpfen der letzten 20 Jahre, ist es besser geworden oder ist es schlechter geworden? Oder sollten wir es mit dem Auto vom kleinen Prinzen halten, der gesagt hat, wenn du möchtest dass die Menschen Schiffe bauen, dann musst du ihnen nicht zuerst den Umgang mit Hobel und Feile beibringen – das muss man auch machen – aber du musst zuallererst die Sehnsucht nach dem Meer in ihnen wecken. Vielleicht kann die Debatte um das Grundeinkommen Lust machen auf weitere Debatten, wie man den Kapitalismus überwinden kann, wie man ihn aufbrechen kann, damit man das Ziel erreicht – demokratischer Sozialismus.

Markus Schlimbach Ich würde erst einmal eine Empfehlung von außen an euch weiter geben. Was ich so ein bisschen gespürt habe ist, dass man sich gegenseitig vorwirft, dass der eine oder andere mit Illusionen agiert. Was dabei für mich auffällt wäre, hört euch gegenseitig zu, hört euch die Argumente der anderen sorgfältig an. Die Argumente sind in jedem Fall wichtig, damit man die Projekte, die man voran bringen will, auch weiter voran bringt und diskutieren kann. Insofern die Offenheit auch Gegenargumente zu hören, diese abzuwägen, diese auch in seine eigenen Überlegungen einzubeziehen, das würde ich jetzt durchaus mal von außen empfehlen. Das Zweite ist, dass Katja Kipping mich zuletzt gefragt hat, ist es besser oder schlechter geworden. Dann sag ich ganz klar, es ist besser geworden. Wir haben als Gewerkschaften in Sachsen in diesem Jahr, wie es so schön wirtschaftlich heißt, den Break even point erreicht, die Mitgliederzahlen wachsen. Wir merken, dass Gewerkschaftsmitglieder sich durchaus bei uns engagieren, dass die Tarifikämpfe besser werden, dass es mehr Beteiligung gibt, dass die Leute – und dass vor allen Dingen junge Leute – ein Rückgrat haben, ein Rückgrat haben sich gegen den Tarifikämpfen bei den Gewerkschaften zu engagieren, dass wir selbst in Bereichen Zugänge haben, von Leiharbeitern, wo wir seit Jahren nicht reingekommen sind, weil sie merken, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Und das Fragen wie z.B. der demografische Wandel und der Fachkräftemangel, der jetzt noch gar nicht angesprochen worden ist, dass der sich bemerkbar macht und dass wir ihn auch mit anderem Standing in den Betrieben auftreten können und dabei auch auch Freude haben. Natürlich gibt's auch Niederlagen. Im Moment würde ich sagen ist es besser geworden, und von daher will ich auch ist dieser Punkt erst mal ein Punkt machen, der durchaus auch zu Hoffnung Anlass gibt, dass man nicht bloß in defätistischer Manier sagen muss, es wird alles viel schlimmer. Nein, es kann auch besser werden und es kann auch unter den Bedingungen einer aufkommenden Wirtschaftskrise besser werden, was Gewerkschaft und was diese Kämpfe angeht. Aber dafür braucht man die Überzeugung von Mitgliedern, die mitmachen. Und es ist nicht so dass die Gewerkschaftsführung aufruft und der Kampf beginnt dann, sondern wir müssen auch für Überzeugung und unsere Ziele bei den Gewerkschaftsmitgliedern kämpfen. Es sind diejenigen, die als Gewerkschaftsmitglieder rausgehen und dann diese Kämpfe führen. Es ist nicht der Gewerkschaftschef und auch nicht

Michael Sommer, der dazu aufruft, sondern es sind die vielen Gewerkschaftsmitglieder, 6,6 Mio in Deutschland, die davon überzeugt sein müssen. Das ist eine Aufgabe und dazu gehört eben auch, dass wir uns auf das, was wir jetzt verhindern können, konzentrieren. Deshalb komme ich wieder zurück auf den Ursprung, es geht darum, wie wir Würde definieren. Ist die Würde dadurch gegeben, dass die Menschen eine existenzsichernde und eine sinnvolle Arbeit haben, oder kann man Würde darüber definieren, ob man sich auch aus der Arbeit zurück ziehen kann und nichts macht. Das ist hier eine Diskussion, die sicher dann für die Workshops auch gut geeignet ist.

Nach dem ersten Teil fanden vier gut besuchte Workshops zu den folgenden Teilaspekten statt

Auswertung der Workshops

Workshop 1 - Arbeit: gesellschaftlich notwendig, produktiv, entfremdet? mit Beiträgen von Sabine Zimmermann, MdB und Tilman Loos, Jugendpolitischer Sprecher im Landesvorstand der LINKEN Sachsen

Wir haben uns mit der Thematik der guten Arbeit auseinandergesetzt. Das eine Mittel wäre natürlich Arbeitszeitverkürzung und natürlich auch die Bedingungen jeweils am Arbeitsplatz. Diese Position hat Sabine Zimmermann vertreten. Tilman Loos hat in seinem Beitrag auf Arbeitswünscheanalyse verwiesen und Arbeit auf ihren Ursprung hin betrachtet und dann übergeleitet zu praktischen Fragestellungen. Warum hat jemand ein Bedürfnis, Arbeit ausüben innerhalb dieser Verhältnisse, die ja eigentlich nicht positiv über ihn kommen? Dennoch hat er ein Bedürfnis nach Identifizierung, ein Bedürfnis arbeiten zu gehen und etwas zu machen. Das wurde stark diskutiert, wie identifizierend ist denn Arbeit für den Menschen an sich und inwieweit fühlen sich Menschen gezwungen, Arbeit anzunehmen? Gibt es Maßnahmen, die dazu beitragen, dass man zur Arbeit zwingen muss oder wollen Menschen an sich von sich aus arbeiten? Danach wurde diskutiert, ob ein Grundeinkommen eine Lösung anbieten könnte, angesichts der Verhältnisse, die wir haben.

Workshop 2 - Arbeitszeit, Lebenszeit und Selbstbestimmung mit Beiträgen von Ronald Blaschke, LAG Bedingungsloses Grundeinkommen und Frank Urban, LAG Betrieb und Gewerkschaft Moderation & Auswertung: Klaus Tischendorf

Im Mittelpunkt unseres Workshops stand das Thema Arbeitszeit – Lebenszeit – Selbstbestimmung. Sowohl aus der Perspektive des bedingungslosen Grundeinkommen als auch der Mindestsicherung. Wenn man diese Fragestellung diskutiert stößt man auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit finanziellem Ausgleich. Genau dies sollten die Gewerkschaften unbedingt wieder auf die Tagesordnung setzen. Es ging außerdem um Frage lebensphasen-spezifischer Schritte für Arbeitszeitverkürzung (nicht nur Elternzeit, sondern zb auch das Modell des so genannten Sabbatjahres oder auch Teilzeitarbeit) und um die Umsetzbarkeit solcher Konzepte.

Einigkeit besteht zwischen den Kontrahenten eigentlich bei der Ablehnung der Bedürftigkeitsprüfung. Wir sollten wir uns Gedanken machen als Linke, wie man das auch konkret umsetzen kann.

Der Zusammenhang monetärer Leistung und kostenloser Infrastruktur, und das spielt ja z.B. beim ÖPNV oder Bildung eine Rolle.

Wir haben auch diskutiert, was konkrete linke Projekte sein könnten um verschiedene Ideen umzusetzen.

Wir können viel in geschlossenen Räumen und in Workshops darüber diskutieren, aber: wenn man wirklich was will, muss man in der Gesellschaft konkrete linke Projekte zur Umsetzung auf den Weg bringen.

Ich denke, das ist eine Aufgabe von einer linken Partei. Und dann stellt sich natürlich die Frage nach der Rolle der Gewerkschaft in der sozialen Bewegung in diesem ganzen Diskussionsprozess. Man muss sozusagen, wenn man die Leute mitnehmen will, die Multiplikatoren in der Gesellschaft dafür gewinnen und gemeinsam an Projekten arbeiten. Also es sind noch sehr viele Fragezeichen, aber auch Arbeitsaufträge, die man mitnimmt.

Wir müssen versuchen diese Dinge zu beginnen und dann umzusetzen.

Workshop 3: Sozialökologische Gestaltung der Gesellschaft mit einem Beitrag von Dr. Ulrich Schachtschneider, moderiert von Sven Scheidemantel

Der Workshop 3 hatte ein wirklich spannendes Thema gehabt, weil die Sozialproblematik eng mit dem ökologischen Umbau verknüpft ist und die Nachhaltigkeit ein sehr wichtiges Thema der Zukunft sein wird.

Wir haben uns mit einem Modell eines ökologischen Grundeinkommens beschäftigt.

Dabei werden im vorgestellten Ansatz ökologisch bedenkliche Güter und Verbräuche sehr hoch besteuert.

Die Frage war natürlich, in welcher Höhe ist es zielführend? Denn besteuert man es zu niedrig ist es wirkungslos, macht man es zu hoch, dann ist es ungerecht. Es soll also lenkend besteuert werden und dann quasi als, ja wie soll man das nennen, Grundeinkommen, also als Auszahlung an die Bevölkerung, in gleichen Teilen ausgeschüttet werden. Es kommt sehr an diese bekannte Druck- und Zwangsgeschichte ran. Demzufolge ist das realistisch, da es im klassischen Prinzip des unmittelbaren Zwangs ja die gewünschte Steuerungswirkung entfaltet.

Es ist somit anschlussfähig in der Vorstellungswelt der Bevölkerung.

In unserem Workshop wurde schon sehr kontrovers diskutiert und es herrschte Konsens, dass die vorgestellte Variante eines ökologischen Grundeinkommens mit dem BGE wie wir es verstehen, nicht so sehr viel zu tun hat. Zumindest derzeit.

Wenn ich die Frage stelle, was uns am meisten beschäftigt hat, war dies die Problematik wie die ökologische Gestaltung der Produktion und Konsumtion zusammen gebracht wird. Wir hatten da als Konfliktfeld aufgemacht, dass eben eine ständige Überproduktion, einen hohen sozialen und ökologischen Konflikt herdarstellt. Es war Konsens, dass die Arbeit als Selbstwert abzulehnen ist und, Grundeinkommen und die Nachhaltigkeit, lassen sich selbstverständlich verbinden. Aber nur wenn man den Menschen die Möglichkeit zur Wahl gibt.

Also die Freiheit zur Wahl gegen den jetzt vorherrschenden Zwang. Das heißt, ich habe die Möglichkeit mich bewusst für

ökologisch sinnvolle Güter und Verbrauch zu entscheiden. Die realistischen (kostendeckenden Preise) sind ja mit dem BGE auch leistbar.

Ja, dann kam noch eine sehr interessante These, da fehlte uns bisschen die Zeit, um es auszudiskutieren: BGE ist gleich Zeit und Geld für nachhaltige Entwicklung.

Es bleibt als Aufgabe dieses für die sozialpolitischen Leitlinien auszuformulieren.

Ein weiterer Diskussionspunkt war es, die Höhe des BGE im Verhältnis zum globalen Ressourcenstand zu bestimmen. D.h. dass man schauen muss, dass die Ressourcen sehr ungleich verteilt sind und demzufolge das BGE auch unterschiedlich, also ungerecht, verteilt ist, im globalem Maßstab gesehen und

dass wir unbedingt berücksichtigen müssen das es da eine vernünftige Nivellierung gibt.

Es ist klar das eine sofortige Einführung des BGE von heute auf morgen nicht stattfinden wird. Dazu bedarf es eben auch einer weiteren und umfassenderen Diskussion, damit die Bevölkerung den gesellschaftsverändernden Prozess und die dem BGE innewohnenden Triebkräfte erfasst und akzeptiert.

Hier besteht für DIE LINKE und alle die sich dem Diskurs nicht verwehren noch eine gewaltige Aufgabe.

Workshop 4 - Armut vermeiden: durch ein linkes emanzipatorisches Grundeinkommen oder eine sanktionsfreie Mindestsicherung? Mit Beiträgen von Stefan Wolf, BAG Grundeinkommen und Dorothea Wolf, LAG Hartz IV, Auswertung Stefan Hartmann

Die grundlegende Fragestellung danach, ob sich DIE LINKE für ein bedingungsloses Grundeinkommen ODER eine sanktionsfreie Mindestsicherung einsetzen soll, konnte und musste in dieser Form nicht diskutiert werden. Denn es wurde sehr schnell deutlich, dass eine sanktionsfreie Mindestsicherung für ALLE TeilnehmerInnen des Workshops ein gemeinsames, wenigstens kurz- und mittelfristiges, Arbeits- und Kampfziel ist. Die Differenz besteht lediglich dahingehend, ob mit einer sanktionsfreien Mindestsicherung schon ausreichend viel erreicht ist, oder ob sie nur ein Schritt auf einem weitergehenden Weg ist.

Hinsichtlich der letzteren Position, ob man also über die sanktionsfreie Mindestsicherung hinaus für ein bedingungsloses Grundeinkommen arbeiten will oder nicht, gab es jedoch wenig versöhnliches bzw. gemeinsames im Workshop zu besprechen. Vielmehr sind die Positionen hier in ihrer vollen Gegensätzlichkeit zum Tragen gekommen.

Diese Gegensätze können wie folgt zugespitzt formuliert werden: Zum einen wird das Grundeinkommen als den Kapitalismus grundsätzlich bedrohendes Prinzip oder Ansatz beschrieben. Der »doppelt freie« Lohnarbeiter wäre durch die Verfügung über eine Grundausrüstung mit Mitteln zum Leben eben nicht mehr gezwungen, seine Haut zu jedem Preis zu Markte zu tragen. Die Widerstandsmöglichkeiten würden dadurch ausgeweitet.

Die entgegengesetzte Position ist derart, dass das bedingungslose Grundeinkommen als »sozial-reaktionäre« Forderung bezeichnet wurde. Der Grund dafür läge darin, dass die Fragestellung falsch wäre und damit für so etwas auch keine Mobilisierung möglich wäre. Die Forderung nach einem Grundeinkommen würde also demobilisieren.

Weitere gegensätzliche Positionierungen sind zu finden in der These, dass ein Grundeinkommen Dumpinglöhne verhindern könnte, da ja niemand zu entsprechend schlecht entlohnten Arbeiten gezwungen werden könnte. Die Gegenthese dazu lautet, dass das Grundeinkommen eine Art Kombilohn sei, dass entsprechend niedrige Löhne erleichtere, da die Menschen ja schon ein Grundeinkommen hätten.

Inwieweit also ein Bedingungsloses Grundeinkommen als über den kurz- und mittelfristigen Horizont hinausreichendes Ziel der LINKEN benannt werden soll konnte unter den WorkshopteilnehmerInnen nicht gemeinsam beantwortet werden, weder positiv noch negativ.

Jayne Ann Igel Träume, von denen wir was haben...

Der Menschheitstraum, durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität mittels Technisierung und Automatisierung von Fertigungsprozessen ein Stück frei zu werden von Erwerbsarbeit als Voraussetzung für den Lebensunterhalt (s. Kampf um 48 Stunden-Woche), ist in seiner kapitalistischen und heute neoliberalen Ausformulierung zur Geißel geworden: Statt frei zu werden, sich emanzipieren zu können, sozial abgesichert für andere Betätigungsfelder Zeit zu finden, erleben wir auf der einen Seite die »Freisetzung« von Arbeitskräften, und auf der anderen Seite erhöhten Leistungsdruck, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und eine fortschreitende Prekarisierung der Arbeits- wie Lebensverhältnisse. Viele werden von vornherein als nützliche Glieder einer Gesellschaft verworfen, die größtenteils marktförmig organisiert ist und in der allein lohnabhängige und Erwerbsarbeit resp. Selbstaussbeutung/-vermarktung als Sinn und Zweck des Daseins gelten. In der Vergangenheit spielte die Kritik der Arbeitsverhältnisse und -bedingungen, der lohnabhängigen Arbeit als entfremdeter Arbeit, des Ausbeutungscharakters lohnabhängiger Arbeit schon mal eine weitaus größere Rolle als heute, wo es oft nur noch um Arbeitsplatzsicherung geht.

Über die Beurteilung der gegenwärtigen Lage herrschte bei den Akteurinnen und Akteuren der Konferenz, die von den LAGen Grundeinkommen sowie Betrieb und Gewerkschaft gemeinsam organisiert worden ist, denn auch weitgehend Einigkeit. Auch darüber, daß es Reformansätze bedarf, die unmittelbar umgesetzt werden können, wie etwa flächendeckender Mindestlöhne und einer sanktionsfreie Mindestsicherung von aktuell 1050 Euro, um die Lebensbedingungen für Erwerbstätige wie Erwerbslose zu erleichtern und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die seitens der gewerkschaftsnahen Strömung favorisierten Steuerungselemente wie Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung, Abschaffung von Leih- und Zeitarbeit, die gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit schlagen sich in der Programmatik und politischen Alltagspraxis der Partei DIE LINKE nieder. Die

Realisierung dieser z.T. am »Jetzt« orientierten Reformansätze kann dennoch nachhaltige Veränderungen in der Gesellschaft bewirken, statt nur, wie gern unterstellt, den status quo zu erhalten. Die Wertschätzung von Arbeit etwa gewänne wieder mehr Raum in einer Gesellschaft, in der es seit längerem gängige Praxis ist, (lohnabhängige) Arbeit nur unter dem Kostenaspekt zu betrachten.

Hinsichtlich längerfristig angelegter Lösungsansätze indes bestehen zwischen den Strömungen in der Partei erhebliche Differenzen fort und werden als unvereinbar erfahren. Deshalb sollten wir zunächst akzeptieren lernen, daß innerhalb der Partei DIE LINKE wie auch der gesellschaftlichen Linken verschiedene Ansichten und Konzepte existieren, denen jeweils ein Wahrheitsanspruch eignet. Für mich gehört in diesem Sinne Tillmann Looses auf der Konferenz vorgetragene substantielle Kritik am Charakter der Erwerbsarbeit ebenso zum Spektrum linker Vorstellungen und Reformansätze wie Sabine Zimmermanns Eintreten für eine gerechte Verteilung von Arbeit und das Ziel Vollbeschäftigung. Wir sollten darüber hinaus zwischen tagesaktuellen Forderungen und längerfristigen Strategien unterscheiden lernen. Erstere machen das Entwickeln gesellschaftlicher Perspektiven nicht überflüssig. Vielmehr ist es notwendig, mittel- und langfristige Strategien zu entwickeln, wenn wir eine grundsätzlich andere, nämlich eine sozial gerechte wie solidarische Gesellschaft erreichen wollen. Und wenn Sabine Zimmermann z.B. selbst einen grundlegenden Wandel des Arbeitsmarktes konstatiert, liegt es auf der Hand, dass wir auch neue Antworten finden müssen, statt auf den einmal postulierten Zielen zu beharren.

Die von sozialen Bewegungen wie Teilen der LINKEN beförderte Perspektive eines bedingungslosen Grundeinkommens, das als Teil eines großen Umverteilungs- und Transformationsprojektes zu verstehen ist, bildet nur eine der möglichen Antworten. Immanent ist diesem Projekt auch die Vorstellung, dass künftig nicht mehr Erwerbsarbeit allein die relevante Beteiligungs- und Zugangsform zu den Gütern und zum Öffentlichen in der Gesellschaft darstellen wird. Das BGE kann nur mittels eines partizipativen Prozesses verhandelt und in Gang gesetzt werden. Dieses Projekt sehe ich nicht zuletzt in einem Zusammenhang mit Artikel 1 GG, der die Würde des Menschen per se voraus setzt. Missbrauch seitens der Wirtschaft, neoliberale »Übersetzungs-

versuche« (à la Althaus) wie auch Prekarisierungstendenzen müssen dabei ausgeschlossen werden.

Eine andere Antwort, und dies zum Teil parallel oder als Grundbedingung für die Einführung des BGE, könnten die gerechte Verteilung von Arbeit, damit einhergehende Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich, eine gesetzliche Mindestsicherung und das Projekt Vollbeschäftigung bilden. All das erfordert auch einen öffentlichen Diskurs hinsichtlich gesellschaftlich notwendiger Arbeit und Definierung von Wirtschafts- und Entwicklungszielen. Die Konferenz bot mit der Gelegenheit, die jeweils eigene Position ausführlich dar- und zur Diskussion zu stellen, einen guten Auftakt. Deshalb sollte die Debatte unbedingt fortgesetzt und in einem zweiten Schritt danach gefragt werden, wo bei den unterschiedlichen Konzepten Anknüpfungspunkte zu finden sind und wie zwischen ihnen vermittelt werden kann. Auch sollte der Stellenwert von Arbeit in der Gesellschaft in den Blick genommen werden. Darüberhinaus bedarf es einer neuen Definition von Wachstum, dies hängt unmittelbar mit den Feldern »gesellschaftlich notwendige Arbeit« und Marktförmigkeit der Gesellschaft zusammen, und der Frage, ob sie Raum für Alternativen läßt. Es gilt zu erörtern, welche Teilschritte im Sinne gerechter Verteilung von Arbeit, der 4in1-Perspektive und des BGE notwendig resp. unter den gegebenen Verhältnissen möglich sind, ohne daß sie vom Kapitalinteresse gleich wieder »übersetzt« d.h. letztendlich pervertiert werden (wie z.b. hinsichtlich Erneuerbarer Energien derzeit zu erleben), und wie die Verhältnisse verändert werden müssen.

Links:

Grundeinkommenskonzept der BAG Grundeinkommen in und bei der Partei DIE LINKE (2010)

<http://www.die-linke-grundeinkommen.de/WordPress/?p=942>

